



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 26.02.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhaltsverzeichnis

Landtagssitzung 26. Februar 2026: Abstimmungsergebnis	3
TAGESORDNUNGSPUNKTE:	
TO-Punkt 1: Mitteilungen	4
TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend NÖ Wirtschaftsstrategie: Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern... ..	4
TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Deutsch stärken und Leistung sichern: Gefährden Reformen von Bildungsminister Wiederkehr Niederösterreichs Schulen?	6
TO-Punkt 4: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Veranstaltungsgesetzes	13
TO-Punkt 5: Antrag betreffend Umstellung des Bezahlkartensystems in der Grundversorgung von täglicher auf wöchentliche Überweisung.....	13
TO-Punkt 6: Antrag betreffend Verankerung einer dauerhaft leistbaren Energieversor gung in der Satzung der EVN AG	19
TO-Punkt 7: Antrag betreffend mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN- Übergewinne für leistbare Energie	19
TO-Punkt 8: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend faire Finanzierung des Netzausbaus im Zuge der österreichischen Energiewende für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher	19
TO-Punkt 9: Antrag betreffend Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+	23
TO-Punkt 10: Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2025 (Reihe Niederösterreich 2026/1)	28
TO-Punkt 11: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landschaftsfonds, Nachkontrolle (Bericht 1/2026).....	29
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:	29

Landtagssitzung 26. Februar 2026

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
4	Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Veranstaltungsgesetzes					
5	Antrag betreffend Umstellung des Bezahlkartensystems in der Grundversorgung von täglicher auf wöchentliche Überweisung					
6	Antrag betreffend Verankerung einer dauerhaft leistbaren Energieversorgung in der Satzung der EVN AG					
7	Antrag betreffend mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN-Übergewinne für leistbare Energie					
8	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend faire Finanzierung des Netzausbaus im Zuge der österreichischen Energiewende für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher					
9	Ablehnender Ausschussantrag betreffend Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+					
10	Bericht des Rechnungshofs Österreich betreffend Tätigkeitsbericht 2025 (Reihe Niederösterreich 2026/1)					
11	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landschaftsfonds, Nachkontrolle (Bericht 1/2026)					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des Einlaufs (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anträge bzw. Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

- Antrag der Grünen Abgeordneten Mag.a Silvia Moser, Dr.in Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Dominic Hörlezeder betreffend Schaffung dringend benötigter Ausbildungsstellen für Klinische Psychologinnen und Psychologen
- Anfrage der Abgeordneten Mag.a Silvia Moser MSc. gemäß 39 Abs. 2 LGO 2001 an Landesrat Martin Antauer betreffend Grundversorgung für Ukrainer*innen
- Anfrage des Abgeordneten Zonschits an Herrn Landesrat für Finanzen und Landeskliniken Anton Kasser gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001 betreffend: Medizinisches Zentrum Gänserndorf: Erstversorgung zugesichert – Patient abgewiesen?
- Anfrage der Abgeordneten Mag.a Silvia Moser MSc gemäß 39 Abs. 2 LGO 2001 an Landesrätin Eva Prischl betreffend Sekundärtransporte Rettungsdienst

Anfragebeantwortung

TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend NÖ Wirtschaftsstrategie: Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern.

Bei diesem Thema gibt es allgemeines Schulterklopfen vonseiten VP, FP und teilweise auch SP. Mahnende Worte zur allgemeinen kritischen Situation der NÖ Wirtschaft mit den unberechenbaren geopolitischen Verwerfungen und dramatischen Folgen für Europa, und somit auch für die NÖ Wirtschaft, kommt nur von den Grünen und den Neos.

Mit Blick auf die zurückliegenden Jahrzehnte bezeichnet **Abg. Christoph Kaufmann/VP** Niederösterreich mit seinem erfolgreichen Strukturwandel als eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Im Export sieht er den Garanten für Wachstum, Beschäftigung und Wertschöpfung. Und so will er in der neuen „Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2030 +“ Antworten auf die Frage nach Nutzung neuer Technologien, zur Stärkung der Regionen, für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und

für ein digitales, nachhaltiges Fundament als Chance für Niederösterreich erkennen.

Eine starke Wirtschaft sei für **Abg. Dieter Dorner/FP** die Grundlage für Wohlstand und Stabilität. Er will in der Wirtschaftsstrategie des Landes viel positive Aspekte erkennen, wie Entbürokratisierung und „*smarte Regulierung*“. Für ihn müsse sich das Papier aber vor allem in der Praxis bewähren, denn wichtig sei die Qualität der Rahmenbedingungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze.

In der Betonung von Handwerk und Industrie sieht **Abg. Indra Collini/Neos** positive Ansätze in der neuen Wirtschaftsstrategie für Niederösterreich. Sie verlangt aber eine Standortbestimmung, denn die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort seien gewaltig, schließlich hätten die österr. Betriebe mit den höchsten Steuern- und Abgabequoten in Europa zu kämpfen. Obwohl das Land großes Potenzial habe, würden sich gerade in Nieder-

österreich Betriebe aufgrund fehlender Reformen und Perspektiven mit Investitionen zurückhalten.

Abg. Collini verlangt auch eine Reform der Wirtschaftskammer, die ihrer Meinung nach eher die Interessen der Funktionäre und nicht der Unternehmen vertrete. Und sie befürwortet eine Abschaffung der Kammerumlage II zur Senkung der Lohnnebenkosten.

In der [„NÖ Wirtschaftsstrategie 2030+“](#) bemängelt sie das Fehlen von messbaren Zielen, klaren Kennzahlen, weiters eine Fachkräftestrategie, ebenso eine gezielte Regionalstrategie, um wieder verstärkt Betriebsansiedlungen zu ermöglichen.

Wenig Konkretes, dafür viele Bilder findet **Abg. Georg Ecker/Grüne** im 20-seitigen Arbeitspapier „NÖ Wirtschaftsstrategie 2030+“. Es würden zwar Innovation und Forschung betont, gleichzeitig halte man aber an den traditionellen Technologien fest. Aus Grüner Perspektive positiv bewertet er den Hinweis von Prof. Martin Greimel auf die Chancen der Kreislaufwirtschaft: *„Wenn wir natürliche Ressourcen sparsam nutzen und Prozesse in einer Kreislaufwirtschaft effizient gestalten, brauchen wir deutlich weniger Rohstoffe. Das ist die Basis für ein Wirtschaftssystem, das langfristig tragfähig ist.“* Martin Greimel leitet das Zentrum für Bioökonomie an der Universität, (siehe Wirtschaftsstrategie S.17).

Hinter den wohlklingenden Schlagworten Innovation, Forschung und Leistung, ohne Hinwendung zu erneuerbaren Technologien, sieht **Abg. Ecker** keine positive wirtschaftspolitische Zukunft und Niederösterreich könne dann nicht mehr mit den Top-Regionen in Europa und weltweit mithalten.

Ausgehend vom Leitmotiv der Wirtschaftsstrategie 2030 *„Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern!“* betont **Abg. Franz Schnabl/SP** die Bedeutung innovativer Unternehmen und höchstqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für ihn liegen die Stärken der bisher guten Entwicklung im dualen Ausbildungssystem. Eine Strategie zur Stärkung der Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe er aber im Strategiepapier vermisst. Nur dadurch könne aber seiner Meinung nach eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden. Für eine wirksame Stärkung der Wirtschaft in NÖ seien laut **Abg. Schnabl** daher verstärkte Ausbildung und eine Senkung der Energiepreise unabdingbar.

In seiner zweiten Wortmeldung weist **Abg. Schnabl** auf die einigermaßen trügerische Einkommensstatistik hin. Denn nur aufgrund der Wohnsitze Gutverdienender liege Niederösterreich unter den Bundesländern an der Spitze. In seinem Statement zur „NÖ Wirtschaftsstrategie 2030+“ spielt **Abg. Jürgen Handler/FP** den FPÖ-Klassiker und teilt nach allen Seiten kräftig aus: der SPÖ unterstellt er *„Klassenkampf-Rhetorik des letzten Jahrhunderts“* für die Forderung nach Arbeitszeitkürzung. Die Politik der Grünen würde seiner Meinung nach nicht für Klimaschutz sorgen, sondern zur Produktionsverlagerung ins Ausland durch immer strengere Auflagen, Verbote und CO2-Steuern führen. Den radikalen Markt und eine Privatisierung um jeden Preis bekrittelt **Abg. Handler** bei den Neos, wo angeblich Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsstandort sich von selbst regeln würden, *„wie dies die Arbeit von Staatssekretär Schellhorn im letzten Jahr vermuten ließ“*. Auch an der *„schwarzen Wirtschaftskammer“* ließ er kein gutes Haar, schließlich habe sie einen gewaltigen Vertrauensverlust bei den Betrieben erlitten. Für **Handler** brauche es *„keine ideologischen Experimente von Links oder wirtschaftspolitische Luftschlösser von Theoretikern“*. Daher plädiert er für *„Hausverstand, Bodenständigkeit und Mut zu klaren Entscheidungen. In herausfordernden Zeiten brauche es eine Politik, die an die eigenen Leute denkt“*.

Die FP stehe für einen anderen Weg, denn Arbeit müsse sich lohnen und Leistung müsse sich auszahlen: *„Der eigene Staatsbürger müs-*

se am Wirtschaftsstandort NÖ und am Arbeitsmarkt an erster Stelle stehen“. Für Abg. Handler brauche „ein starker Wirtschaftsstandort auch eine klare Handschrift, Schutz für die heimischen Betriebe und eine Priorisierung der eigenen Bevölkerung am Arbeitsmarkt“, sind daher seine logischen Forderungen.

#zusammenhaltNÖ meint: Es ist leicht für Herrn Handler, nach allen Seiten, vor allem Richtung Bundespolitik, „auszuteilen“. Dennoch muss man den Herrn Oberstabswachtmeister darauf aufmerksam machen, dass Wohlstand und Wirtschaftsstandort Niederösterreich nicht allein durch seine „eigenen Staatsbürger“ bzw. die „eigenen Leute“ jetzt und in Zukunft abgesichert sein werden. Immerhin sind zw. 15-20 % Prozent der in der NÖ Wirtschaft Beschäftigten nichtösterreichische Staatsbürger*innen. Würden Beschäftigte mit Migrationshintergrund bzw. ohne österreichische Staatsbürgerschaft auch nur einen Tag streiken, würden Krankenhäuser, Geschäfte, Fabriken, Bauunternehmen, öffentliche Verkehrsmittel und vieles andere schon mal stillstehen. All diese Menschen aus seinen Überlegungen auszugrenzen würde auch für ihn selber und „seine Landsleute“ einen massiven Wohlstandseinbruch bedeuten. Dem Abg. sei geraten auf die Statistik zu schauen und „Phantasieren“ von einer Scheinrealität, die es so nicht mehr gibt, bleiben zu lassen. Denn zum österreichischen und nö. Wirtschaftsboom trugen in den 60-er Jahren maßgeblich Gastarbeiter*innen aus der Türkei und dem damaligen Jugoslawien, der EU-Beitritt und die von vielen Wirtschaftstreibenden herbeigesehnte, so „segensreiche“ Globalisierung mit der allgemeinen Liberalisierung der Märkte durch die WTO bei. Bemerkenswert findet #zHNÖ, dass keine/r der Abg. auf die steigende Zahl der Arbeitslosen eingeht. Immerhin liegt sie bei beunruhigenden 8 %. Ebenso wenig erwähnt wird die steigende Zahl der Firmen-Pleiten.

Für **Abg. Anton Erber/VP** habe Niederösterreich herausfordernde Zeiten hinter sich und müsse jetzt mit Zuversicht in die Zukunft schreiten. Mit der Feststellung, NÖ sei eine Premiumregion in Europa, empfiehlt der VP-Abgeordnete, das Land möge den „Weg des Miteinander“ weitergehen.

Zusatzinformation

[Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2030+](#),

Amt der NÖ Landesregierung, Jänner 2026

[Zahl der Firmen-Pleiten ist 2025 gestiegen](#),

NÖN, 06.03.2026

[Bau und Industrie belasten Arbeitsmarkt](#), ORF

NÖ, 02.03.2026

[Arbeitslosigkeit in NÖ steigt weiterhin stark an](#),

NÖN 02.03.2026

[Niederösterreich: 1.100 Firmenpleiten im Jahr](#)

[2025](#), Tips Amstetten, 12.12.2025

[Schlechtwetter - NÖ Tourismus verzeichnet](#)

[Minus bei Sommernächtigungen - NÖN.at](#),

01.10.2025

[Dossier Nummer 3 - "Was passiert, wenn die](#)

[Industrie abwandert?" - WKO](#), 03.09.2025

[Metalltechniker warnen vor Abwanderung -](#)

[noe.ORF.at](#), 15.07.2025

TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde betreffend Deutsch stärken und Leistung sichern: Gefährden Reformen von Bildungsminister Wiederkehr Niederösterreichs Schulen?

Als erster Redner beginnt **Abg. Helmut Fiedler/FP** gleich mit Diffamierungen von Bildungsminister Wiederkehr/Neos und seinen Reformplänen. Er unterstellt, dass das Hauptproblem im Bildungssystem die mangelnden Deutschkenntnisse von unzähligen Kindern in Österreich sei, was lange ignoriert wurde. Das Erlernen der deutschen Sprache sei „eine Bringschuld der Zuwanderer, kein unverbindliches Angebot des Staates, keine Gefälligkeit gegenüber uns Österreichern und keine moralische Bitte, sondern sie ist Pflicht“. Er behauptet, die Sprachbarriere dominiere den Schulalltag, Lehrkräfte würden zu Dolmetschern, Ressourcen würden von österreichischen zu ausländischen Kindern verschoben. Durch die verfehlte Bildungspolitik würden lernwillige Kinder im Alltag systematisch ausgegrenzt und ausgebremst. Das sei keine Förderung, sondern „Bildungsvernichtung am Rücken unserer Kinder und am Rücken unserer Zukunft (!)“.

Es gebe auch in NÖ, besonders in den großen Städten, Entwicklungen wie in der Bundeshauptstadt. Eine aktuelle Studie des ÖIF/Österreichischen Integrationsfonds sage

aus, dass jedes fünfte Pflichtschulkind in NÖ die notwendigen Deutschgrundlagen nicht mitbringe, was nicht stimmt (siehe #zHNÖ-Kommentar).

Abg. Fiedler behauptet dann, in Wiener Neustadt gebe es laut Berichten von Schulleitungen ([Video, ab Minute 05:52](#)) in manchen Klassen bereits „mehr als 90 % an Kindern mit nicht adäquaten Deutschkenntnissen“. Dadurch sei ein normaler Unterricht nicht möglich. Das sei nicht „bunte Vielfalt“, sondern ein „Systemversagen“.

Und der Abgeordnete empfiehlt, BM Wiederkehr solle nicht „am Lehrplan herumschrauben“, er solle dafür sorgen, was längst beschlossen sei, nämlich Deutschförderklassen. In der Praxis sei die Schaffung eigener Deutschförderklassen auf Druck „linker Parteien und NGOs“ zunehmend aufgeweicht worden, zum Nachteil aller Beteiligten.

Dann kommt Abg. Fiedler völlig übergangslos auf eine Umfrage unter AHS-Direktor*innen und die Reduzierung der Lateinstunden in Gymnasien zu sprechen, schießt sich auf BM Wiederkehr auch hinsichtlich des geplanten Faches Demokratiebildung mit diversen Vorwürfen an den Minister ein, unterstellt, es handle sich um ein Prestigeprojekt, in dem es nicht um Qualität, sondern nur um Tempo gehe. Und der Abgeordnete stellt die süffisanten Fragen ([Video ab Minute 14:07](#)): „Was soll in diesem Fach konkret vermittelt werden? Wie soll verhindert werden, dass dieses Fach zum „Propagandafach“ (!) wird?“ Der Abgeordnete schließt seine Rede dann mit einer Liste von Anwürfen an den Minister und dessen Partei (Anm. #zHNÖ: Präsident Wilfing schweigt dazu wie so oft!!!) und skizziert seine FP-Vision von Schule.

#zusammenHaltNÖ hält fest:

✚ Für die Überprüfung der im Landtag von Abg. Fiedler/FP getätigten Aussagen haben wir die verfügbaren Daten der Bildungsdirektion Niederösterreich sowie die einschlägigen Publikationen des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) herangezogen. Unterstützt durch Microsoft Copilot konnten wir die Anga-

ben faktenbasiert analysieren und einordnen. Die Behauptung, in Niederösterreich benötige „jedes fünfte Pflichtschulkind“ Deutschförderung, findet sich in keiner ÖIF-Studie und wird durch die tatsächlichen Zahlen nicht gedeckt. Tatsächlich besuchen rund 5.500 von etwa 125.000 Pflichtschüler*innen den Deutschförderunterricht – das entspricht etwa 4–5 %. Die von Abg. Fiedler suggerierten 20 % finden sich somit in keiner ÖIF-Publikation.

✚ Auch die Andeutung, es würde noch viel mehr Deutschförderunterricht benötigt als gewährt, beruht offenbar auf subjektiver Einschätzung des FP-Abgeordneten. Sprachstandsfeststellungen und notwendiger Deutschförderbedarf werden durch den standardisierten [MIKA-D-Test](#) ermittelt und nicht „nach Bauchgefühl“ vergeben.

✚ Schon 2023 wurden die Mittel für die [Deutschförderung in nö. Pflichtschulen im Jahr 2023](#) vom Bund deutlich aufgestockt und Unterstützung des Bundes für Schul- und Personalentwicklung, sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Lehrpersonal für Deutschförderung zugesagt.

✚ Und schließlich gibt es ab dem Schuljahr 2026/27 geltende [„Gesetzliche Neuerungen in der Deutschförderung“](#), die schulspezifische Lösungsmodelle ermöglichen.

Abg. Fiedler/FP hätte vielleicht zuerst die [Anfragebeantwortung von Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister/VP](#) vom 17. Dezember 2025 studieren sollen, bevor er unbegründete Vorwürfe in den Raum stellt. Diese zeigt nämlich seit dem Schuljahr 2022/23 in Volksschulen einen leichten, an Mittelschulen und Polytechnischen Schulen einen deutlichen Rückgang an außerordentlichen Schüler*innen – und somit jenen Schüler*innen, die eine intensive Deutschförderung benötigen.

Zur Einordnung und Klärung behaupteter Fakten und Zahlen die folgenden Unterlagen: [Bundesländerbroschüre des Österreichischen Integrationsfonds 2025](#), NÖ: S. 38-47

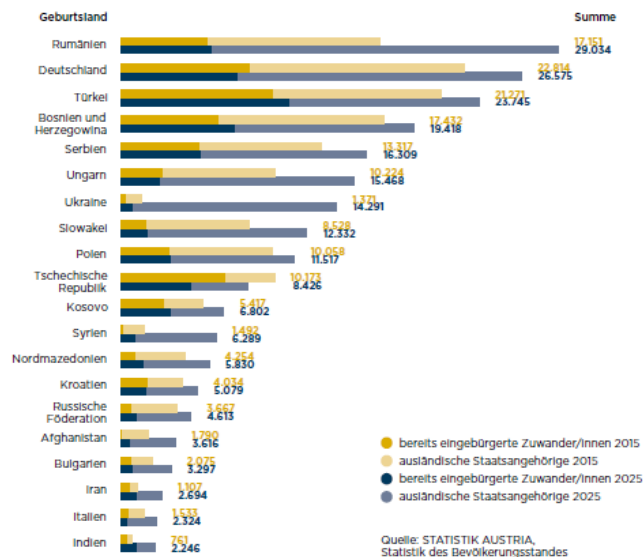
BUNDESLÄNDER 2025

Bevölkerung – Herkunftsländer

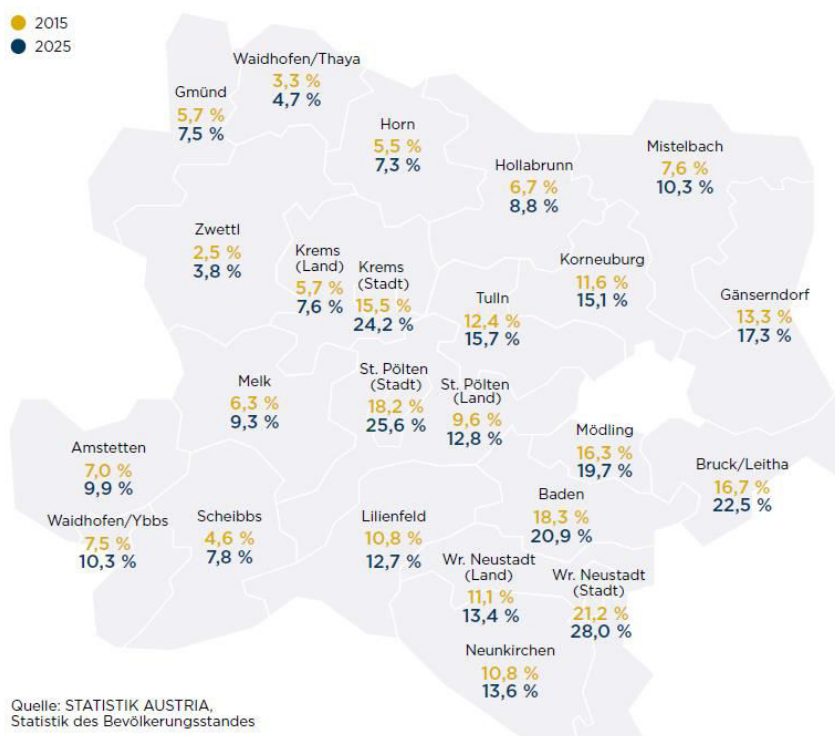
Wer lebt in Niederösterreich?

Mit dem Stichtag 1.1.2025 lebten rund 257.100 Personen mit ausländischem Geburtsort in Niederösterreich, das entsprach 14,9% der Gesamtbevölkerung. Somit stieg seit dem 1.1.2015 die Zahl der Personen mit ausländischem Geburtsort um 38,8%. Auf dem ersten und zweiten Platz lagen in Rumänien (29.000) und in Deutschland geborene Personen (26.600), gefolgt von Personen mit Geburtsort in der Türkei (23.700). Platz vier belegten in Bosnien und Herzegowina geborene Personen (19.400), Platz fünf Personen mit Geburtsort in Serbien (16.300).

Im Ausland geborene Bevölkerung, Top 20 Nationalitäten am 1.1.2025
Im Vergleich zum 1.1.2015, nach Geburtsland



Im Ausland geborene Bevölkerung am 1.1.2025
Im Vergleich zum 1.1.2015, nach Politischen Bezirken



Zusatzinformation

[Wie Engin Çatik die "schlimmste Schule Deutschlands" aus der Krise geführt hat - Bildung - derStandard.at › Inland](#), 10. 03.2026

[Schulen für weniger getrennte Angebote bei Deutschförderung - Bildungspolitik - derStandard.at › Inland](#), 04.12.2025

[Schulen für weniger Deutschförderung in separaten Gruppen – DiePresse.com](#), 04.12.2025
[FPÖ-Bildungssprecher im Talk – "Schulsystem wurde links-ideologisch umgekrempelt" | Heute.at](#), 16.10.2025

[Gemiedene "Brennpunktschulen" – wie lässt sich die heimliche Segregation bekämpfen? - Bildung - derStandard.at › Inland](#), 07. 09.2025
[Warum wir aufgehört haben „Brennpunktschulen“ zu... | Teach For Austria](#), August 2020

Nach *Abg. Fiedler* spricht **Abg. René Lobner/VP**, lässt leise Kritik an den Ausführungen und der negativen Sichtweise seines Vorredners durchblicken, aber übt auch Kritik an einigen geplanten Änderungen im Bildungsbereich, wie der Kürzung des Lateinunterrichts in der Oberstufe um zwei Stunden zugunsten von verstärkter KI-Schulung.

Der Abgeordnete übt zwar auch Kritik an manchen Plänen und Entscheidungen von Minister Wiederkehr für einige seiner Entscheidungen und Pläne und wirft ihm vor, er sei noch immer in seiner früheren Tätigkeit als Wiener Bildungsstadtrat verankert, d.h. noch nicht ganz in seiner Position als Bildungsminister angekommen. Verglichen mit seinem angriffigen, teilweise sogar aggressiven FP-Vorredner, tut er dies auf gemäßigtere Art und Weise und ruft alle seine Landtags-Kolleg*innen auf, konstruktiv und gemeinsam an notwendigen Verbesserungen des Bildungswesens in NÖ zu arbeiten.

Der Abgeordnete dankt der zuständigen *Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister/VP* für ihre so wichtige und engagierte Arbeit am nö. Bildungssystem, das für viele andere Bundesländer ein Vorbild sei.

Abg. Indra Collini/Neos stimmt *Abg. Lobner* zu, dass der konstruktive und lösungsorientierte Weg immer der bessere sei. Sie kritisiert

dann, dass *Abg. Fiedler* zwar kein Bildungsexperte, aber Bildungssprecher seiner Partei ist und dass er seine Redezeit dazu nutzte, um minutenlang den derzeitigen Bildungsminister herabzuwürdigen. Weiters geht sie auf einen Vorfall bei einer **Einladung der nö. Landes-schüler*innenvertretung im St. Pöltner Landhaus** ein, bei der die Bildungssprecher der verschiedenen Parteien anwesend waren. Dort habe Fiedler vor den Schüler*innen salutiert (was er später in einer zweiten Wortmeldung abstreitet) und habe über „Bildungsbomben“ gesprochen, die man über Afrika abwerfen müsse (siehe [KRONENZEITUNG vom 16.02.2026](#)).

Die Abgeordnete geht dann auf den Inhalt der Rede des FP-Abgeordneten ein, kritisiert fachliche Unwahrheiten und vermutet, er habe sich wohl nur über die FP-Medien informiert, die offenbar keine Bildungsmedien seien. *Abg. Collini* gesteht den Kritiker*innen zu, dass für manche das Reformtempo der Neos zu hoch sei. Es bewege sich so viel, wie schon seit Jahren nicht mehr.

Nach Jahrzehnten des Stillstands, der Verwaltung, aber ohne Gestaltung sei es gut, dass BM Wiederkehr Mut bewiesen habe: z.B. beim Handyverbot, Streichung von 80 % der Erlöse und dadurch Abbau der Bürokratie, Einführung digitaler Tools zur Erleichterung der Amtswege und Einführung des mittleren Managements zur Entlastung der Lehrer*innen.

Zur Deutschförderung meint die Abgeordnete, dass im alten Modell die Förderung gedeckelt war und viele Kinder nicht die Förderung erhielten, die sie gebraucht hätten.

Wiederkehr habe ein neues Modell eingeführt, das nicht gedeckelt, aber treffsicher und bedarfsorientiert sei. Es schaffe Planbarkeit für die Schulen. Es gebe 108 Mio. € und 1.000 zusätzliche Planstellen in der Deutschförderung. Dies sei die größte Deutschoffensive seit Jahren. Auch die Einführung der verpflichtenden Sommerschule unterstütze Deutsch und sinnerfassendes Lesen.

Abg. Collini geht dann auf Kritik der *Abg. Lobner* und *Zauner* bei einer Pressekonferenz ein, dass die Mittel nicht fair über die Bundeslän-

der verteilt würden. Und sie hält fest, dass Geld nicht mit der Gießkanne ausgeschüttet werden solle. Das sei nicht der Sinn des „Chancenbonus“. Der Sinn sei, die Mittel dorthin zu lenken, wo die Herausforderungen am größten seien. Und deshalb bekomme Wien auch wesentlich mehr Geld. Und sie nennt einige Zahlen: in NÖ gebe es 201.000 Schüler*innen, nicht ganz 6.000 davon - 2,8% - seien außerordentliche Schüler*innen. Für diese sei Deutsch oft eine große Herausforderung. Wien habe 260.000 Schüler*innen und 20.000 davon seien außerordentliche, also fast 8 %. Daher sei es logisch, dass man dorthin die Mittel lenke, wo sie gebraucht würden. NÖ könne sich glücklich schätzen, dass nur 27 Schulen diese Herausforderungen hätten und diese würden vom „Chancenbonus“ profitieren und zusätzliche Mittel erhalten. Die Basis für die Verteilung der Mittel seien Daten der Statistik Austria. Fairer, klarer und transparenter gehe es wohl nicht. Hier gehe es nicht um Parteipolitik oder Willkür, auch nicht um Schrebergartenmentalität, sondern um gezielte Lösungen für Herausforderungen. Es werde ein Fokus auf Elementarbildung gesetzt, es würden 4.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen, denn man müsse so früh wie möglich bei der Bildung ansetzen, schon im Kindergarten und nicht erst bei der Matura.

Abg. Collini geht schließlich auf die Änderungen beim Lateinunterricht ein. Es werde Latein auch weiterhin geben, denn es sei ein wichtiger Teil des Bildungssystems. Aber dies gelte nicht nur für Latein. Man könne weiterhin in Latein maturieren oder das kleine Latein in der Schule machen. Was hier vorgestellt wurde, sei nicht Christoph Wiederkehr eingefallen. Diese Lehrplanreform sei das Ergebnis eines Prozesses, der in den letzten vier Jahren gemeinsam mit allen Stakeholdern erarbeitet worden sei. Latein bleibe, aber in der 7. und 8. Klasse werde je eine Stunde zugunsten von Zukunftsfächern umorganisiert. Die Veränderungen in der Welt würden Modernisierung in den Bildungsinhalten erfordern, denn die Kinder müssten auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden

und da würden neue Fächer wie Künstliche Intelligenz, Demokratie und Medienbildung gebraucht.

Die Abgeordnete findet es merkwürdig, dass die größte Sorge der FPÖ sei, die Kinder könnten nicht vor Fake News geschützt werden. Sie empfiehlt, die Partei möge in ihre eigenen Kanäle hineinschauen und dort die Fake News abdrehen. Nicht die Reformen seien die Gefahr, sondern die Reformverweigerer, die meinten, man könne mit den Konzepten von gestern die Herausforderungen von morgen bewältigen. Bildung dürfe kein ideologisches Schlachtfeld sein. Mut sei vonnöten und ihre Partei stehe zu einem Bildungssystem, das im 21. Jahrhundert angekommen sei.

Abg. Silvia Moser/Grüne hält fest, dass die Schulzeit nicht nur für die Aneignung von Wissen sondern auch zur Persönlichkeitsentwicklung wichtig sei. Sie konzidiert, dass die deutsche Sprache der Schlüssel zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum gesellschaftlichen Miteinander sei. Wer kein Deutsch beherrsche, sei praktisch sprachlos. Die Abgeordnete kritisiert jedoch, den Weg, den die FPÖ propagiere, aber auch den Weg, den der Bildungsminister mit seiner Lehrplanreform eingeschlagen habe. Sie würden nicht zu mehr Leistung, sondern in eine Sackgasse führen. Es handle sich um einen massiven Eingriff in die AHS, der demokratiepolitisch fragwürdig sei. Reformen würden per Pressekonferenzen und Social Media verkündet, noch bevor es ein fertiges Konzept gemeinsam mit den Schulpartnern gebe. Im Ministerium würden Fakten geschaffen. Kritische Stimmen aus Schule, Wissenschaft, von Eltern- und Lehrer*innen und Schüler*innen-Vertretern würden „*ignoriert oder mit billigen Stehsätzen auf Instagram abgespeist*“.

Abg. Moser verteidigt weiters den Lateinunterricht und meint, dies sei kein totes Wissen, sondern sei „*logisches Krafttraining für das Gehirn*“. Man lerne, wie Sprache und Denken funktionieren. Das humanistische Fundament dürfe nicht aufgegeben werden. Künstliche Intelligenz und Digitale Kompetenz müssten unbedingt Teil eines zukunftsweisenden Un-

terrichts sein. Wer dieses Wissen verweigere, verweigere der Jugend die Werkzeuge für die Welt von morgen. Es brauche beides, „das Fundament der Tradition und die Kraft der Moderne“.

Die Abgeordnete kritisiert weiters in Richtung FPÖ die „starren Deutschförderklassen“, die in NÖ mit aller Gewalt verteidigt würden und das beste Beispiel für verfehlte Politik seien. Sie halte gar nichts von diesem Modell in seiner derzeitigen starren Form.

Kinder würden Sprachen am besten von Gleichaltrigen lernen, mit der täglichen Verwendung. Mit Deutsch als Alltagssprache würde man Kinder heranzuführen, dass sie dem Unterricht auch folgen können. Sie fordert für Direktor*innen und Lehrer*innen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wie Kinder vor Ort am besten gefördert werden könnten.

Das System der FPÖ würde nur aussortieren anstatt Kinder zu integrieren. Sie fordert die Mandatar*innen auf, anstelle nach Wien einmal nach NÖ zu schauen. Lehrer*innen seien am Rande der Erschöpfung, weil sie von der Bürokratie der Bildungsdirektion erdrückt würden. Es fehle in den Klassenzimmern an den nötigsten Ressourcen – an Unterstützungspersonal und Schulpsycholog*innen. Man solle aufhören, Bildung als „Kulturkampf-schauplatz“ zu missbrauchen. Die Schulen würden weder Ministerdiktate von oben, noch FPÖ-Parolen von gestern brauchen. Sie bräuchten Autonomie, echte Förderung und eine Politik, die den Menschen in der Praxis zuhöre. Und sie schließt mit dem Spruch: „Bildung ist das, was bleibt, wenn man Gelerntes vergisst“.

#zusammenhaltNÖ vermutet, dass Abg. Moser/Grüne offenbar einige geplante Maßnahmen des Bildungsministeriums noch nicht zur Kenntnis genommen hat. So gibt es ab dem kommenden Schuljahr 2026/27 **mehr Autonomie in der Deutschförderung**, wodurch in Zukunft die Implementierung unterschiedlicher Modelle möglich sein wird. Niederösterreich könnte auch viel von anderen Ländern, wie z.B. den Niederlanden lernen. In den sogenannten **„Brückenklassen/schakelklassen oder nieuwkomersklassen“** besuchen Kinder, die neu ins Land kommen oder noch kaum die

Landessprache beherrschen eine solche Klasse und erhalten intensiven Sprachunterricht in Kleingruppen mit Fokus auf Alltags- und Schulsprache. Da die „Brückenklassen“ meist Teil der Schule sind, nehmen die Kinder parallel dazu an Aktivitäten der Regelklasse (Sport, Musik, Projekte, Ausflüge etc.) teil und sind somit in ihre Regelklasse sozial eingebettet. Solch ein Modell wäre in vielen Fällen auch für Österreich/NÖ sinnvoll und es gibt auch bereits Schulen, die Ähnliches erproben. Auch Finnland und Kanada bieten intensive Sprachförderung von Kindern mit anderen Erstsprachen an und können weltweit als Vorbilder angesehen werden.

Abg. Kathrin Schindele/SP vermisst bei Abg. Fiedlers 17-minütiger Rede die Positivbeispiele. Sie sagt, Reformansätze, die schnell verlautbart würden, ohne dafür wesentliche Partner*innen ins Boot zu holen, seien schon von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Und die Abgeordnete geht auf die Debatte über Latein in den AHS ein und sagt, es brauche v.a. einen Dialog mit den Pädagog*innen, die bestimmte Pläne in der Praxis umsetzen müssen. Die Abgeordnete anerkennt die Bedeutung von KI für die heutige Zeit, aber das eine schließe das andere nicht aus und sie hält ein Plädoyer für fächerübergreifendes Unterrichten. Es lasse sich alles gut miteinander verbinden. Was feststehe sei die Notwendigkeit von Unterstützungspersonal. Auch die Attraktivierung des Lehrberufs erfordere Überlegungen. Und angesichts weiterführender Schulen fordert sie die Festigung der Grundkompetenzen: Lesen, Schreiben, Rechnen. Ohne diese würden sich Schüler*innen im weiteren Leben schwer tun. Dazu gehöre auch die Deutschförderung, da dies in den meisten Gegenständen die Unterrichtssprache sei.

Und Abg. Schindele schließt mit der Forderung, die bestmögliche Bildung müsse allen zur Verfügung stehen, da sie die Menschen ein Leben lang begleite. Daher brauche es Bildungsangebote für jedes Lebensalter, die von allen mitgetragen werden und die auch alle mittragen können.

Wie schon *Abg. Fiedler/FP* sieht auch der **FP-Abg. Christian Brenner** das „Bildungshaus Österreich“ in Flammen stehen. Er behauptet, BM Wiederkehr inszeniere Reformen als PR-Show, während der Unterricht in vielen Klassen an seine Grenzen stoße. Es brauche Klassen, in denen gelernt und nicht solche, in denen Chaos verwaltet werde. Es brauche Lehrer*innen, die unterrichten können und nicht Pädagog*innen, die gleichzeitig Sozialarbeiter*innen, Konfliktmanager*innen und Dolmetscher*innen sein müssen.

Dann geht der Abgeordnete auf die Deutschkompetenzen der Schüler*innen ein und wiederholt vieles, was bereits *Abg. Fiedler* ausführlich thematisiert hat. Er behauptet, auch in nÖ. Städten gebe es Schüler mit Migrationshintergrund, die mangels Deutschkenntnissen dem Unterricht nicht folgen könnten. Lehrer*innen würden an ihre Grenzen stoßen und „Kulturkämpfe im Klassenzimmer“ würden spürbar zunehmen. Wer weiter beschwichtige, gefährde sowohl die Bildungsqualität, als auch die Zukunft der Kinder. Gerade für Kinder aus einfachen Verhältnissen sei Leistung die einzige Chance für Aufstiegsmöglichkeiten.

Abg. Brenner spricht sich klar gegen eine Verlängerung der Primarstufe auf sechs Jahre, für das Leistungsprinzip und gegen Gleichmacherei aus. Er fordert weiters Rückendeckung für Lehrkräfte, mehr Autorität im Klassenzimmer, klare Regeln und null Toleranz gegenüber Gewalt und Respektlosigkeit (Anm. von #zHNÖ: vielleicht könnte der Abgeordnete Letzteres auch seinem Bundesparteiohmann und so manchem Parteikollegen nahelegen). Und schließlich fordert er „Qualität vor Ideologie, Substanz vor PR“, was immer damit gemeint ist.

Als letzter Redner agiert auch **Abg. Florian Krumböck/VP** - ähnlich dem blauen Koalitionspartner - ziemlich angriffig gegen das rote Wien und die pinken Bildungspolitiker. Er behauptet: „Während in Wien die Lehrerinnen und Lehrer von den pinken Bildungsstadträten auf Basis von **fehlgeleiteter roter Migrations-, Integrations- und Sozialpolitik** oft im Regen stehengelassen werden, haben wir in NÖ zum

Beispiel mit der Mitwirkungspflicht etwas auf den Weg gebracht, das jetzt auch in den Schulen zum Vorbild wird“. Und der Abgeordnete nennt eine Reihe von Problembereichen in Wien, die seinen Vorwurf untermauern sollen.

#zusammenHaltNÖ möchte den Abgeordneten aber daran erinnern, dass NÖ jahrelang auf Grund der Verweigerung von Deutschkursen für Asylwerber*innen und von Sozialhilfe/Mindestsicherung für tausende Asyl- und Subschiebungsberechtigte unmittelbar nach Erhalt des Bleiberechts buchstäblich nach Wien vertrieben hat. Dort gewährte man ihnen nicht nur Grundversorgungszahlungen, mit denen ein Start ins selbständige Leben vor Beginn des eigenen Erwerbslebens unmöglich gewesen wäre, sondern eine Zeit lang Mindestsicherung, um sich neben den Deutschkursen auf ihr Erwerbsleben vorbereiten zu können. Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs erklärte § 4 Abs. 1 des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes (NÖ SAG) für verfassungswidrig.

 **Zur Information: die Grundversorgung in NÖ würde folgende Beträge umfassen: Monatliche Mietzuschüsse: 165 € für Einzelpersonen, 330 € für Familien. Monatliches Verpflegungsgeld für Einzelpersonen: 260 € für Erwachsene, 145 € pro Kind. Wie man davon eine auch nur Kleinstwohnung in NÖ bezahlen und überleben kann, weiß wohl nur Abg. Krumböck und seine Partei.**

Zum Thema Latein und KI fordert der Abgeordnete die Stärkung der Kompetenzen quer durch alle Fächer und er gibt Beispiele für die Anwendung von KI in unterschiedlichen Fächern. Weiters spricht sich *Abg. Krumböck* auch für den Erhalt von Latein und den Erhalt der Gymnasien aus (Anm. #zHNÖ: niemand hat die Abschaffung von Latein oder Gymnasien gefordert).

Wer glaube, dass Zukunftskompetenzen allein durch Techniknähe entstünden, unterschätze „die Bedeutung unserer geistigen Grundlagen“. Und auch er hält eine Lobesrede auf Latein: Latein schule unser Strukturdenken, vermittele kulturelle Identität und Kontinuität, stärke Sprachbewusstsein und analytische Fähigkeiten für KI-Systeme. Es brauche daher beides,

„digitale Urteilskraft und kulturelle Tiefe“. Ein Fortschritt ohne Fundament führe zu Orientierungslosigkeit. Und Tradition ohne Weiterentwicklung führe zum Stillstand.

Der Abgeordnete hält dann noch ein Plädoyer für Sonderschulen und fordert Campus-Lösungen, damit sich die Kinder kennenlernen und auch gemeinsam lernen könnten. Dafür seien aber auch Ressourcen wie administrative Unterstützung, Schulsozialarbeit, pädagogische Zusatzkräfte notwendig. Und es folgt wieder eine Spitze gegen den Minister, er möge konkrete Verbesserungen auf den Weg bringen und nicht nur Schlagzeilen produzieren.

Als Jugendsprecher geht **Abg. Krumböck** dann noch auf die sozialen Netzwerke ein und wovon Kinder geschützt werden müssten. Ein Social Media-Verbot irgendwo zwischen 14 und 16 Jahren sei keine Symbolpolitik, sondern eine Schutzmaßnahme am Puls der Zeit in Zeiten deutlich steigender Gefährdungen. Kinder müssten genauso vor den Gefahren auf Sozialen Medien wie vor Drogen geschützt werden. Seine Partei stünde für eine Bildungspolitik, die junge Menschen zu selbstwirksamen, freien, erwachsenen Demokraten mache. Dafür brauche es Unterricht in KI als fächerübergreifende Querschnittsmaterie, den Erhalt bewährter Bildungsinhalte wie Latein.

Zusatzinformation

[Bildungsminister Wiederkehr im Nationalrat: Lehrpläne brauchen tiefgreifende Veränderung](#), Parlamentskorrespondenz Nr. 130 vom 25.02.2026

[Lehrplan-Diskussion - Schülervertreter: „Ich nutze KI täglich – da muss ich darüber lernen“ - NÖN.at](#), 24.02.2026

[Sie sind Bildungsminister – was würden Sie an Wiederkehres Schulreform ändern? – DiePresse.com](#), 18.02.2026

[Lehrplan-Entrümpelung: Wiederkehr sieht sich in Reformen von eigener Umfrage bestätigt - Bildung - derStandard.at › Inland](#), 03.02.2026

[Größte Bildungsumfrage stärkt Wiederkehr bei Reformplänen den Rücken](#), schule.at, 03.02.2026

[Bildungssystem: Wiederkehr sieht Zuspruch zu Reform - news.ORF.at](#), 03.02.2026

[Raum für zeitgemäße Bildung schaffen | 1 | 2026 | Neuigkeiten | NEOS](#), 30.01.2026

TO-Punkt 4: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Veranstaltungsgesetzes

Die überbordende Sportbegeisterung unserer Abgeordneten quer durch alle Fraktionen ermöglicht bei diesem Tagesordnungspunkt ganz logisch eine einstimmige Annahme der **Genehmigungsfreiheit** von **Public Viewing** für Gastronomiebetriebe: Olympische Winterspiele, Para-Olympics, aber vor allem die (sechs Wochen dauernde) Fußball WM 2026 brachten hier den entscheidenden Durchbruch und die Anpassung des Veranstaltungsgesetzes an die schon 2013 erfolgte Änderung der Gewerbeordnung. Während **Abg. Dominic Hörlezer/Grüne** hier die gelebte Gemeinschaft als Stück Kultur und **Abg. Christian Samwald/SP** die verwaltungstechnische Vereinfachung begrüßen, stärke für **Abg. Philipp Gerstenmayer/FP** die Gesetzesänderung den Standort Niederösterreich. Angesichts der sportlichen Großereignisse des Jahres Sorge diese Anpassung nicht nur für perfekte Rahmenbedingungen sondern auch für Rechtssicherheit für Gastronomiebetriebe, meint abschließend **Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP**.

TO-Punkt 5: Antrag betreffend Umstellung des Bezahlkartensystems in der Grundversorgung von täglicher auf wöchentliche Überweisung

 Link zum [Antrag der Grünen](#)

 Link zum [ablehnenden Antrag des Sozialausschusses](#)

Berichterstatte(r) **Abg. Georg Ecker/Grüne** trägt die Thematik und den ablehnenden Ausschussantrag vor.



GEHÖRT GEHÖRT:

Abg. Edith Kollermann/Neos kommt als erste Rednerin zu Wort. Sie thematisiert die tägliche Überweisung des Betrags von 5,71 € auf die Bezahlkarten von Asylwerber*innen für Lebensmittel und das Allernotwendigste und

erwähnt, dass dafür LR Martin Antauer/FP zuständig ist.

Die Abgeordnete hält fest, dass es dabei nicht um Verwaltung, Effizienz oder Kostenkontrolle, sondern um eine politische Grundhaltung gehe, Asylwerber*innen das Leben in NÖ zu verleiden. Und sie fügt hinzu: *„Wer täglich 5,71€ freischaltet, der verhindert bewusst, dass Menschen günstige Großpackungen kaufen können. Wer täglich Minibeträge aufbucht, der zwingt jeden Menschen dazu – unter dem Blick staatlicher Kontrolle – seine Einkäufe zu planen. Das ist keine Sachpolitik, das ist Misstrauen als Prinzip“*. Sachleistungen seien legitim und auch ein Bezahlkartensystem sei in Ordnung. Niemand fordere die Rückkehr zu einem unkontrollierten Bargeldsystem.

Sie wundere sich nur, dass ausgerechnet die FPÖ, der Robin Hood des Bargeldsystems, in diesem Fall dagegen sei. Aber wahrscheinlich gebe es Bargeld nur für unsere Leut’.

Was der ursprüngliche Antrag der Grünen fordere, sei Verhältnismäßigkeit. Eine wöchentliche Überweisung sei kein Luxus, sei praktikabler und würde es ermöglichen, wirtschaftlicher und eigenverantwortlicher einzukaufen. Sie würde ein Mindestmaß an Würde ermöglichen. Doch statt über Verbesserungen konstruktiv nachzudenken, höre man von der FPÖ immer nur ein Narrativ: Härte, Abschreckung, Signalwirkung und die Unterstellung von Missbrauch. Es sei dem klassischen FPÖ-Vertreter „wurscht“, ob dies eingebildet oder tatsächlich der Fall sei. Jede Erleichterung sei politisch unerwünscht, weil sie nicht ins Bild passe. Und die ÖVP mache mit. Die „Partei christlich-sozialen Ursprungs“ sei Erfüllungsgehilfe für ein System, das Demütigung strukturell in Kauf nimmt. Abg. Kollermann habe *„die christliche Soziallehre mit dem Prinzip der Würde des Menschen“* anders in Erinnerung.

In der Anfragebeantwortung an die Grünen habe LR Antauer festgehalten, eine wöchentliche Überweisung könne angedacht werden, wenn (Zitat) *„kein finanzieller Schaden zu befürchten sei“* (Zitat Ende). Abg. Kollermann meint, es gebe viele Bereiche, bei denen sie sich solch eine Genauigkeit bei der Evaluierung wünschen würde, z.B. bei Fehlverhalten von Politikern oder bei nicht mehr zeitgemäßen Strukturen in der Verwaltung oder bei Doppelgleisigkeiten von Förderungen. Da gehe es um

Millionen und somit um Beträge, die den Aufwand rechtfertigen würden. Und die Abgeordnete nennt das Beispiel, das ihr im Ausschuss genannt wurde – nämlich eine fünfköpfige Familie, die nach wöchentlicher Auszahlung dann untertauchen und finanziellen Schaden verursachen könnte. Solch ein „Schaden“ sei sehr überschaubar und ein Beispiel, das an den Haaren herbeigezogen sei. Die FPÖ-Kollegen könnten das Problem nicht einmal in Zahlen fassen, weil es dazu keine Daten gebe, wie sich bei ihrer Nachfrage im Ausschuss herausstellte.

Wenn Schäden drohen, solle man sie prüfen, dies evaluieren und absichern. Aber die tägliche Aufbuchung kleiner Beträge als Standard festzuschreiben, ohne ernsthaft Alternativen zu prüfen, sei eine bewusste politische Entscheidung. Man sollte sich um eine bundeseinheitliche Lösung bemühen. Der *„Bundesländerwettbewerb des besten Abschreckungssystems“* sei widerlich. Eine koordinierte, faire, effiziente Lösung wäre im Interesse aller – der Steuerzahler*innen, der Verwaltung und der Betroffenen.

Politik dürfe und solle Steuern kontrollieren, aber sie dürfe nicht entwürdigen. Wenn das Ziel eines Systems v.a. darin bestehe, Menschen spüren zu lassen, dass sie unerwünscht sind, würde man den Boden einer sachlichen Debatte verlassen.

Und Abg. Kollermann schließt mit den Worten: *„Eine wöchentliche Überweisung ist keine radikale Forderung. Sie ist ein pragmatischer Schritt. Wer selbst das nicht zulassen will, der muss sich schon die Frage gefallen lassen, ob es ihm wirklich um Ordnung geht oder schlicht darum, es Menschen so schwer wie möglich zu machen“*.

Abg. Silvia Moser/Grüne dankt Abg. Kollermann und meint, sie schließe sich ihrer Rede komplett an. Dieser Tagesordnungspunkt habe einen ungeschriebenen Untertitel und der laute „Schande“. Und dieser betreffe v.a. die Mandatar*innen der ÖVP. Ihr „Nein“ zeige, dass sie das letzte Gefühl für Menschenwürde, Mitmenschlichkeit und Haltung offensichtlich verloren hätten.

Mit diesem Antrag wollten die Grünen nicht mehr Geld für Menschen in der Grundversorgung, auch keine Vergünstigungen in den Öffis oder mehr Deutschkurse, auch wenn das alles

nötig wäre, oder dass die Betroffenen in Sozialmärkten einkaufen gehen könnten. Das alles sei nicht beantragt worden. Es sei bloß beantragt worden, dass die Menschen anstelle von täglich 5,71 € wöchentlich 39, 79 € auf die Bezahlkarte überwiesen bekämen. Mit 5,71 € können man keinen vernünftigen Einkauf machen, keine Angebote nutzen oder Großpackungen kaufen. Man sei gezwungen, täglich kleinste Mengen zu kaufen. Das sei teuer und unökonomisch.

Auch Amnesty International Österreich kritisiere am nÖ. Bezahlkartensystem, dass durch die tägliche Aufbuchung kleiner Beträge die sinnvolle Einteilung knapper Mittel durch die Betroffenen verhindert werde. Eine zumindest wöchentliche Aufbuchung wäre eine Verbesserung, die auch in anderen Bundesländern funktioniere. Dort würden die entsprechenden Beträge vierzehntägig oder sogar monatlich angewiesen, ohne dass ein finanzieller Schaden entstehe.

Im Ausschuss sei der Antrag mit dem Argument abgelehnt worden, es könne dem Land NÖ ein Schaden entstehen. *Abg. Moser* frage sich, welcher Schaden für das Budget tatsächlich entstehe, falls einer der großteils allein-stehenden Asylwerber, der 39,79 € überwiesen bekomme, nach einem Tag verschwinde. Wenn schon von Kosten die Rede sei, sollten vielmehr die Kosten für die täglichen Überweisungen offengelegt werden – die Buchungskosten, die Buchungszeilen, die Fehlerhäufigkeit, die Personalkosten von jenen, die damit befasst sind usw.

Es sollte eher der immaterielle Schaden bedacht werden für ein Land, das sich doch eigentlich zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zur Menschenwürde bekenne. Und die Abgeordnete vergleicht dieses System mit der Behandlung von Kindern, denen immer nur ein paar Euro zugeteilt würden, aus Angst, sie könnten mit dem Geld nicht umgehen.

Menschenwürde bedeute auch, dass man Menschen im Asylverfahren nicht pauschal misstraue. Es gehe um die schlichte Realität, mit sehr wenig Geld wenigstens halbwegs sinnvoll wirtschaften zu können.

Und *Abg. Moser* appelliert nochmals an die ÖVP und sagt: „Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, mit dieser Abstimmung werdet ihr zeigen,

für mich, ob ihr noch ein Fünkchen Anstand und Menschen würde habt, oder schon völlig im blauen Sumpf verschwunden seid“.

Abg. Karin Scheele/SP sagt, ihre Fraktion unterstütze den ursprünglichen positiven Antrag der Grünen, denn sie seien überzeugt, dass dieser Antrag in die richtige Richtung gehe. Ihre Fraktion werde daher dem negativen Ausschussantrag nicht zustimmen.

Die Abgeordnete betont, dass andere Bundesländer kein Problem mit der Aufbuchung größerer Beträge auf die Bezahlkarte hätten und nennt als Beispiele die ÖVP-FPÖ-Koalition in OÖ (vierzehntägige Aufbuchung auf die Bezahlkarte!) und die FPÖ-ÖVP-Koalition in der Steiermark (monatliche Aufbuchung). Offenbar gebe es dort keine Furcht vor finanziellem Schaden.

Zusätzlich erwähnt *Abg. Scheele* noch, dass das „System NÖ“ noch viele zusätzliche Mängel aufweise. Manchmal müsste ein Betrag auf der Karte sein, aber man könne trotzdem nicht bezahlen. Sie kündigt daher an, dass in einer der nächsten Landtagssitzungen versucht werde, gemeinsam den ÖVP-Minister Karner mit seiner Intention zu unterstützen, bundesweit die Sachleistungskarte ausrollen zu können, die von den Betroffenen weit bessere Rückmeldungen habe. Vielleicht sei dann eine Mehrheit zu schaffen.

Und dann kommt der **FP-Abg. Andreas Bors** zu Wort und diffamiert gleich die Absicht der Grünen Antragsteller*innen. Und er behauptet, dies sei ein „klassischer Versuch, ein mittlerweile gut funktionierendes System, das wir als Trendsetter in NÖ eingeführt haben, Schritt für Schritt weich zum spülen [sic!]. Und wenn ich die Argumente hier heute der vereinten Linken, wenn ich das so nennen darf, so anhöre, dann muss i [...] da mal aufräumen“. Und er behauptet in Richtung *Abg. Scheele*, es gebe keine Mängel. Die gebe es wahrscheinlich bundeseinheitlich bei der Bundeskarte des Ministers, wo man das monate-, jahrelang verschlafen habe, in NÖ die zuständigen Landesräte gehandelt hätten. Auf Bundesebene habe man das eben nicht geschafft. In NÖ funktioniere das System und es gebe eben keine Mängel.

Und dann geht Bors auf die „moralische Ebene“ ein und beginnt zu höhnen: „die Würde, die Würde des Menschen“, wie schlimm das

sei, dass sie (Anm. #zHNÖ: die Asylwerber*innen) so wenig Geld hätten. Und er fragt polemisch, ob sich jemand schon mal um die Würde von Mindestpensionist*innen in Österreich Gedanken gemacht habe. Da gebe es viele, die neben ihren Fixkosten nicht einmal diese Summe Tag für Tag übrig haben. Über die rege man sich nicht auf, aber die Asylwerber seien hier besonders wichtig, weil die vielleicht nicht auskommen und das gern wöchentlich oder monatlich hätten. Und er erteilt Ratschläge, es wäre wichtig, sich um Mindestpensionist*innen und nicht um Asylwerber kümmern.

Und dann versucht der Abgeordnete zu begründen, warum es diese tägliche Buchung gebe. Sie schaffe Ordnung, ermögliche Kontrolle und schütze das Geld der österreichischen Steuerzahler*innen. Und den Landtagskolleg*innen, die den Ausschussantrag ablehnen, unterstellt er, dies sei ihnen aber offensichtlich nicht wichtig. Der Vorteil sei, dass Personen, die aus der Grundversorgung ausscheiden oder ihrer Meldepflicht nicht nachkämen, was oft passiere, dann sei eben keine taggenaue Abrechnung möglich. Und er wirft den zwischenrufenden SPÖern vor, sie wären in der Realität nicht angekommen, weil sie nicht einsehen, dass eine Rückverrechnung der zu Unrecht bezogenen Beträge nicht möglich sei. Einen Vergleich mit der Steiermark wischt Bors vom Tisch, denn man sei in NÖ und schaue auf das Geld „unserer Leute“. Jedes Bundesland könne sich gerne die guten Methoden aus NÖ anschauen.

Laut dem Abgeordneten wäre der ursprüngliche Antrag der Grünen „eine Art Einladungsschreiben für Missbrauch und ein Risiko auf Kosten der nö. Steuerzahler“

(Anm. #zHNÖ: gegendert wird bei der FPNÖ aus Prinzip nicht).

Die Grundversorgung sei kein Wunschkonzert und habe nur dann Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn es Regeln, Kontrolle und letztendlich Konsequenzen gebe, wenn die Regeln nicht eingehalten würden. NÖ habe in den letzten Jahren mit einem viel strengeren Kurs unter den Landesräten Christoph Luisser und Martin Antauer eine Vorreiterrolle eingeschlagen. Der zuständige Bundesminister und auch die anderen Bundesländer hätten geschlafen. Sie in NÖ seien mit der Sachleistungskarte, einer verschärfte Meldepflicht und klaren

Sanktionen die ersten gewesen. Diese Linie werde immer wieder betont: „Regeln einhalten, sonst fliegt man aus dem System“ und Bors brüstet sich, dass im vergangenen Dezember über 150 Personen aus der Grundversorgung gestrichen worden seien, weil sie sich nicht an die Regeln gehalten hätten. Und er nennt – ohne Beweise zu liefern – „unerlaubte Zusatzeinkommen und unerlaubte Heimaturlaube. Man müsse sich vorstellen: „Die Flüchtlinge angeblich aus ihren Ländern um Leib und Leben und dann reist man unerlaubt in das Heimatland wieder zurück. So schlecht kann’s dann ned sein, wann i dann wieder zurück in den Urlaub will. Aber offensichtlich will man das hier nicht wahrhaben“. Und deshalb sei dieser Antrag so problematisch. Eine wöchentliche Überweisung sei schlecht für die Kontrollmöglichkeit. Und wer weg sei oder untertauche, solle nicht im Vorhinein Geld auf Vorrat der österreichischen Steuerzahler mitnehmen können.

Und er schießt sich dann auf den Bericht von Amnesty International ein und v.a. auf das vermutliche Zitat eines Asylwerbers auf dem Deckblatt „Ich fühle mich wie in einem Gefängnis“.

Bors stellt fest, niemand habe sie gezwungen, nach Österreich zu kommen, über mehrere sichere Staaten und sagt, „Wenn es ihm hier nicht passt und hier nicht gefällt, kann er gerne seine Sachen packen und in ein anderes Land oder ab in seine Heimat reisen, aber hier muss er nicht bleiben“. Und er unterstellt Asylwerbern, sie kämen nach Österreich, weil es ihnen hier viel besser als in anderen Ländern gehe. Dann kämen mit Amnesty gerade jene daher, die Österreich seit Jahren bei jeder Gelegenheit moralisch belehren wollten, mit einem Gefängnis-Framing, um ein funktionierendes Kontrollsystem des Landes NÖ schlecht zum reden [sic!].

Und der Abgeordnete wird immer emotionaler und unterstellt seinen grünen Landtagskolleg*innen, das sei genau die linke Politik, die linke Erzählung. Am Ende laufe es immer auf dasselbe hinaus. Die eigenen Landsleute – da könne es nicht genug Regeln und Kontrolle geben, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen oder CO2-Ausstoß usw. Aber wenn es um die Zuwanderung gehe, da wollten sie noch weni-

ger Regeln und Kontrolle und da spiele die FPÖ nicht mit.

Man brauche diesen Antrag (Anm.#zHNÖ: der Grünen) nur zu Ende denken. Das würde nach einer Salamtaktik laufen. Heute sei ihnen die tägliche Überweisung nicht gut genug, morgen wäre man schon nicht mehr bei wöchentlich, dann würde man umstellen auf monatlich und übermorgen wäre man dann schon wieder beim Bargeld. Beim Bargeld wäre man dann wieder beim Missbrauch, bei uneinbringlichen Rückforderungen, *„die eich wuascht san, ja, wenn ma des Steuergeld aussehaun, koste es was es wolle, des wo a eure Politik in der Bundesregierung und bei noch höheren Kosten für die Steuerzahler. Des is der grüne Fahrplan, des is die grüne Politik, geschätzte Kollegen, und den Fahrplan,*

den stoppen wir hier, Endstation niederösterreichischer Landtag“.

Dann geht Bors sehr deutlich auf den Grundsatz der freiheitlichen Politik ein. Das Ziel der Freiheitlichen sei es nicht, das Asylsystem attraktiver oder bequemer zu machen. Und schließlich spricht der FP-Abgeordnete mit höhnischer Stimme Fraktur und wird sehr explizit: *„Nein, unser Ziel ist es, die Migration ins Sozialsystem zu stoppen und NÖ als Asylstandort so unattraktiv wie möglich zu machen. Ja, richtig. Ihr hab's es g'hört. Des is ja unser Ziel und an dem arbeiten wir. Unsere Linie ist klar: wer betrügt, der fliegt. Und des is der Grundsatz und nach dem handeln wir. Und die Sachleistungskarte ist ein zentraler Baustein dieser Linie. Sie verhindert, dass Leistungen zweckentfremdet werden und sie verhindert, dass Geld in Kanäle fließt, die mit der Grundversorgung nichts zum tun haben [sic!].“*

Der Antrag der Grünen sei daher der komplett falsche Weg, daher werde seine Fraktion dem negativen Ausschussantrag auch zustimmen, würden bei der täglichen Buchung bleiben, weil sei eine taggenaue Abrechnung ermögliche und Missbrauch so gut wie möglich erschwere.

Als letzter Redner spricht **Abg. Christoph Kainz/VP**. Wie bei der derzeitigen nö. ÖVP zu erwarten, stößt er ins selbe Horn wie sein Vorredner und Koalitionspartner der FPÖ. Er fühlt sich allerdings bemüßigt, das „christliche Wertefundament“ und die Rechtsstaatlichkeit gleich zu Beginn herauszustreichen. Er be-

hauptet, Österreich habe die Genfer Flüchtlingskonvention und die Asylpolitik immer sehr ernst genommen. Deshalb hätten Menschen, die um Leib und Leben gefürchtet hätten, weil sie verfolgt wurden, immer auch zu Recht um Asyl ansuchen können. Aber auch hier habe sich vieles, wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in den letzten Jahrzehnten verändert. Früher habe es nicht die Möglichkeit gegeben, dass man aus wirtschaftlichen Gründen das Land verlasse, weil es dort vielleicht andere Rahmenbedingungen gebe. Damit lebe man heute. Und man solle stolz darauf sein, dass man in einem Land leben dürfe, wo es eine hohe soziale Absicherung und einen hohen Lebensstandard gebe und man in den letzten Jahrzehnten durch eine gemeinsame Leistung das Land positiv fortgebracht habe.

Und auf diesem Wertefundament gelte es auf der Flüchtlingskonvention, der Rechtsstaatlichkeit, jene Rahmenbedingungen zu definieren, dass Asylströme gut organisiert und gemanagt werden könnten. Auch hier habe sich in den letzten Jahren einiges verändert. Er glaube, dass es richtig sei, dass NÖ mit der Bezahlkarte ein System gefunden habe, wo die Absicherung mit 5,71 € schlank, aber machbar, eingeführt worden sei.

Im Ausschuss sei das Thema ausführlich diskutiert worden und der Vertreter der Regierung habe bestätigt, dass man das täglich, wöchentlich oder monatlich machen könne. NÖ macht das täglich und wolle bei diesem System auch bleiben, weil es sich seit der Einführung 2024 bewährt habe.

Und der Abgeordnete meint: *„Und das ist nur eine Maßnahme, warum wir auf der einen Seite die Grundsicherung zur Verfügung stellen wollen, auf der anderen Seite aber auch Spielregeln definieren, wo man sich's zuhause überlegt, aus wirtschaftlichen Überlegungen den Asylantrag zu stellen. Die, die's aus politischen Gründen machen, ich sag' des auch sehr klar, weil sie zuhause verfolgt sind, weil Kriegszustände herrschen, da werden wir auch eine Möglichkeit finden und die finden wir auch. Aber die, die aus anderen Überlegungen zu uns kommen, da wollen wir auch ganz klar unsere Spielregeln definieren und deswegen werden wir dem Antrag im ursprünglichen Sinn nicht zustimmen und dem Ausschussantrag auf Ablehnung zustimmen“.*

#zusammenHaltNÖ ist wieder einmal fassungslos, wie sehr sich die laut ihrer Selbstdefinition noch immer christlich-soziale ÖVP von der FPNÖ vor sich hertreiben lässt.

Wir sind schockiert über diesen Tiefpunkt der Debatte, den uns Abg. Bors liefert. Das Ausmaß der Menschenverachtung, das hier deutlich wird, zeigt, dass Politiker*innen im Landtag sitzen, die für diesen Job nicht die notwendigen Fähigkeiten mitbringen. Politiker*innen mit derartigen menschenfeindlichen Obsessionen, kruden Unterstellungen und Diffamierungen sind für den Verfall gesellschaftlicher Werte verantwortlich. Es ist nur mehr haarsträubend, wie die durchaus nachvollziehbaren Argumente der Neos und der Grünen abgeschmettert werden. Im Übrigen: was kann ein Mensch um 5,71 € kaufen? Dieser Betrag muss u.M. sofort erhöht und der Inflation angepasst werden.

Es ist mehr als beunruhigend, dass hier Politiker*innen unter völliger Missachtung von völkerrechtlich bindenden Abkommen reden. Zum wiederholten Mal: wir verlangen, dass Politiker*innen Rechtsstaat und bestehende Gesetze einhalten und nicht ständig unterlaufen.

Abg. Collini meinte, dass es sich selbst bei dem einen oder anderen Missbrauchsfall, der von der FPNÖ als Gefahr unterstellt wird, kaum um große budgetrelevante Beträge handeln könne. Und **#zusammenHaltNÖ** gibt zu bedenken: selbst wenn ein Asylwerber schon am ersten Tag der Woche mit dem gesamten aufgebuchten Wochenbetrag von 39,79 € das Weite suchen sollte, wäre der entstandene „Schaden“ für das Land NÖ ein lächerlicher Betrag.

Selbst unter der völlig unrealistischen Annahme, dass alle 2025 in der niederösterreichischen Grundversorgung Befindlichen 8.057 Personen einen gesamten Wochenbetrag unrechtmäßig kassiert hätten, wären das 320.588 €, also nur 1 % des mit 31,4 Mio. € (!) äußerst großzügig dotierten Coronafonds. Wir erinnern daran, dass dieser 2023 eine Koalitionsbedingung der FPÖ an die ÖVP war. Von diesen 31,4 Mio. € wurden jedoch nur rund 4,6 Mio. €, also rund 15% der Gesamtsumme ausbezahlt. **#zHNÖ fragt:** wurde beim Covid-Hilfsfonds genauso minutiös jeder Euro, der beantragt und ausgezahlt wurde, überprüft? Kann es da nicht ebenfalls Missbrauchsfälle gegeben haben? Der Bericht des Rechnungs-

hofs Österreich „NÖ Covid-Hilfsfonds für Corona-Folgen“ vom März 2025 übt jedenfalls Kritik an diversen Unklarheiten. Dies wurde auch in der Landtagssitzung vom 22. Mai 2025 ausführlich thematisiert und in den Impressionen vom Mai 2025 (S.23-27) dokumentiert. Wir stellen fest, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wurde. Aber bei Covid-Fondszahlungen handelte es sich ja um „unsere Landsleit“.

Zusatzinformation

Bezahlkarte: Schikane statt Effizienz, asylkoordination Österreich, o.D.

FPÖ greift durch – Über 150 Ukrainer flogen aus der Grundversorgung | Heute.at, 05.02.2026

Corona-Fonds in Niederösterreich: Nur 4,6 von 31,3 Millionen Euro wurden ausbezahlt – Die-Presse.com, 03.09.2025

Anfrage der Neos an LR Luisser/FP betreffend nÖ. Bezahlkarte, 30.04.2025

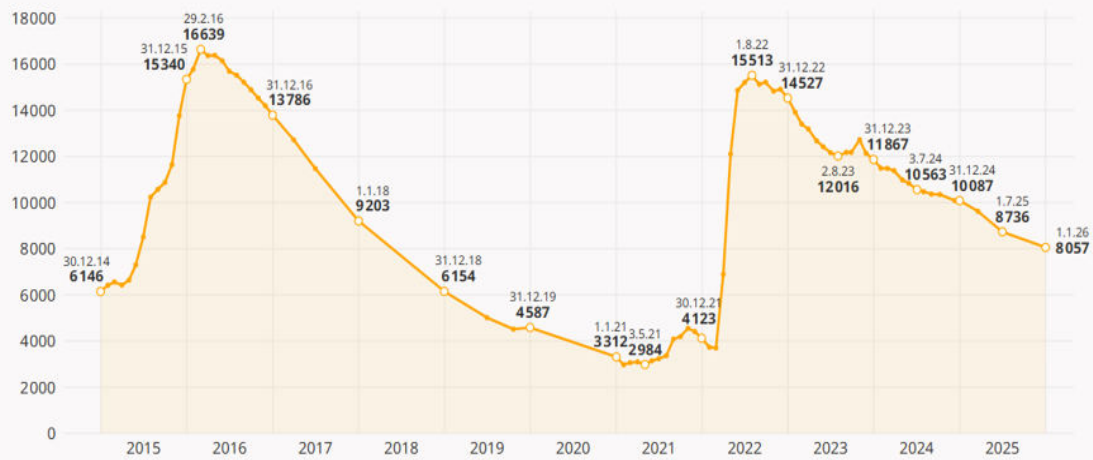
Landbauer mit Ansage – FPÖ verteidigt Bezahlkarte: "Sind kein Schlaraffenland" | Heute.at, 16.01.2025

Faktencheck: Bezahlkarte für Asylwerber bringt vorerst keine Einsparungen, PROFIL faktiv, 08.06.2024

Asylwerber-Bezahlkarte wird laut Karner 2025 bundesweit eingeführt - Sachpolitik - derStandard.at › Inland, 20.08.2024

Personen mit Grundversorgung in Niederösterreich seit 2015

Zahl der Personen, die zum jeweiligen Zeitpunkt Grundversorgungsleistungen bezogen



Datenquellen: BMI, Parlamentarische Anfragebeantwortungen, Asylkoordination, Land Kärnten

[Bgld](#)
[Ktn](#)
[NÖ](#)
[OÖ](#)
[Sbg](#)
[Stmk](#)
[Tirol](#)
[Vbg](#)
[Wien](#)
[alle BL](#)

Aus: [Grundversorgung in Österreich 2025](#), migration info und grafik, 28. Jänner 2026

● Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

✓ TO-Punkt 6: Antrag betreffend Verankerung einer dauerhaft leistbaren Energieversorgung in der Satzung der EVN AG

✓ TO-Punkt 7: Antrag betreffend mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN-Übergewinne für leistbare Energie

✓ TO-Punkt 8: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend faire Finanzierung des Netzausbaus im Zuge der österreichischen Energiewende für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher

Links zu den diversen Anträgen von SPNÖ bzw. VPNÖ und FPNÖ:

👉 TO-Punkt 6: Verankerung einer dauerhaft leistbaren Energieversorgung in der Satzung der EVN AG

👉 TO-Punkt 7: Mehr Verantwortung, weniger Stromkosten – EVN-Übergewinne für leistbare Energie

👉 TO-Punkt 8:

✳ Ursprünglicher Antrag der SPÖ: Netzentgelte senken und vereinheitlichen: Entlastung bei Stromkosten für Haushalte und Betriebe

✳ Antrag gemäß § 34 LGO der ÖVP und FPÖ: Faire Finanzierung des Netzausbaus im Zuge der österreichischen Energiewende für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (dieser Antrag erledigt laut §34 LGO somit den obigen ursprünglichen im Ausschuss behandelten Antrag !!)

Schon bei der Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 29.01.2026, waren auf Antrag der SPNÖ EVN-Übergewinne und Fairness bei der Finanzierung des Netzausbaus heftig diskutierte Tagesordnungspunkte.

Auch am 26.02.2026 ist dieses Thema wieder in drei Tagesordnungspunkten vertreten. **Abg. Michael Bierbach/SP** fungiert dabei als Berichterstatter.

Der erste Redner, **Abg. Christoph Müller/Neos**, stellt fest, dass die Energiepreise die größten Preistreiber seien und es stelle sich die Frage, wie die Preise gesenkt werden könnten. Er wirft der SPÖ vor, es wieder mit neuen Steuern zu versuchen, die ÖVP mit einem §34er-Antrag versuche, die Kosten an irgendwen umzuwälzen. Es müsse aber die

Frage gestellt werden, wie die Kosten insgesamt heruntergebracht würden.

Es gebe 116 Netzbetreiber und 19 Gasnetzverteil-Betreiber. Es gebe einfach zu viele Netzbetreiber. Es seien daher strukturelle Reformen notwendig.

Der Abgeordnete zählt Länder wie Kroatien, Malta, Irland oder Italien mit jeweils einem Netzbetreiber auf. Je weniger Netzbetreiber, desto niedrigere Netzkosten. Dies zeige eine neue Studie des [Oecolution Instituts](#). In Österreich liege der Anteil der Netzkosten bei 37,5% des Strompreises, im EU-Durchschnitt bei 25%. Daher müssten zur Kostensenkung Netzbetreiber zusammengelegt werden.

Als weitere Probleme nennt *Abg. Müller* die Kreuzbeteiligungen am Energiemarkt und zu viel politische Einflussnahme in den Aufsichtsräten der EVN. Er fordert strukturelle Reformen und wirft den Landtagskolleg*innen vor, bei den aktuellen Stunden Wirtschaft und Bildung betreffend zu zeigen, dass ihnen strukturelle Reformen egal seien. Und er zählt drei Forderungen auf und bringt einen **Abänderungsantrag zum §34 LGO** ein. Die Landesregierung möge sich bei der Bundesregierung für folgende Änderungen einsetzen: u.a. Auflösung der Kreuzbeteiligungen in der Energiewirtschaft, Reduktion ineffizienter Mehrgleichzeitigkeit im Netzbereich, Entflechtung von Netzbetreibern und Energieversorgern, Entpolitisierung der Energiewirtschaft etc.

Abg. Georg Ecker/Grüne bekräftigt ebenfalls die Notwendigkeit, die Stromkosten zu drücken, unterstützt somit die Forderung der SPÖ aus ihrem ursprünglichen Antrag („Entlastung bei Stromkosten für Haushalte und Betriebe“) und geht auf die Ursachen der hohen Kosten ein. Allerdings zeige sich auch die große Abhängigkeit Österreichs von importierten fossilen Energieträgern, für die Milliarden an das Ausland gingen, anstatt den eigenen Energiebedarf selbst zu decken.

Es brauche v.a. die kostengünstigen Energien Sonne und Wind, die selbst mit Speicher in der Herstellung billiger als jedes Gas- oder Atomkraftwerk seien. Die Milliarden müssten bei uns investiert werden und nicht in aller Herren Länder geschickt werden.

Das verursache Kosten, denn die Erneuerbaren bräuchten verstärkten Netzausbau. Die Kosten müssten aber fair verteilt werden. Es habe

dazu bereits im Landtag Beschlüsse gegeben. Konkrete Vorschläge an den zuständigen *Minister Hattmannsdorfer* und *Staatssekretärin Zehetner* seien ihm nicht bekannt. Gerade für die Ostregion wäre das aber notwendig, weil die Bundesländer im Westen davon profitierten, dass hier im Osten günstiger Strom erzeugt werde.

Zu TO-Punkt 6 meint *Abg. Ecker*, die Satzung sei ohnehin in Umsetzung. Zum Abänderungsantrag der Neos (siehe TO-Punkt 8) meint der Abgeordnete, eine Zusammenlegung von Netzen habe sogar BK Stocker gefordert und er stelle sich die Frage, wann das umgesetzt werde.

Fragwürdiger für ihn sei aber der erste Punkt des Antrags, in dem die Bundesregierung aufgefordert werde, die Auflösung der direkten und indirekten Kreuzbeteiligungen in der Energiewirtschaft umzusetzen. Seines Wissens seien das hauptsächlich Landesbeteiligungen. Er sehe es daher eher kritisch, ob die Bundesregierung hier der richtige Adressat sei.

Zum TO-Punkt 7 meint *Abg. Ecker*, das klinge sehr verlockend. Wenn man das aber rechtlich betrachte, erkenne man, dass dies „*purer Populismus*“ – oder wohlwollender ausgedrückt – zumindest nicht zu Ende gedacht sei. Die EVN sei ein marktbeherrschendes Unternehmen und unterliege strengeren Regeln als dies bei anderen Unternehmen der Fall sei.

Die EVN mache gerade in diesem Bereich seit mehreren Jahren Millionenverluste. Sie habe aber den Vorteil, Verluste aus dem Endkundenhandel mit Gewinnen aus anderen Sparten kompensieren zu können.

Andere Anbieter am Strommarkt hätten diese Möglichkeit der Kompensation nicht und würden somit durch ihren Wettbewerbsnachteil nach und nach aus dem Strommarkt hinausgedrängt werden, was durch den geringeren Wettbewerb höhere Preise verursachen würde.

Dies sei sowohl im Kartell-, als auch im **EU-Recht** fix verankert ([Artikel 102](#)). Ein Unternehmen, das eine marktbeherrschende Stellung wie die EVN im Endkundenhandel habe, dürfe nicht unter den eigenen Kosten anbieten, wenn das noch dazu unter dem Marktpreis liegt. Der Vorschlag der SPÖ würde die EVN dazu auffordern, geltendes Recht zu brechen und könnte dazu führen, dass die EVN

von Mitbewerbern geklagt würde. Der Abgeordnete schlägt daher Alternativen vor. Das Land NÖ habe ja 51 % Anteile an der EVN. Somit könnte man diese Dividende für energie- und verteilungspolitische Maßnahmen zweckwidmen.

Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP meint in Richtung **Abg. Müller/Neos**, sie könne in den Anträgen ihrer Fraktion keinen Vorschlag zu neuen Steuern erkennen, sondern es seien konkrete Vorschläge, wie Energie für die Menschen in NÖ leistbarer gemacht werden könnten.

Die Abgeordnete geht dann auf TO-Punkt 6 ein, erinnert daran, dass die EVN mit 51 % im Eigentum des Landes NÖ ist, der zentrale Energieversorger sei und somit eine besondere Verantwortung habe. Durch das Elektrizitätswirtschaftsgesetz gebe es die Verpflichtung, eine leistbare Energieversorgung zu gewährleisten. Der neue Energietarif ab 1. April d. J. komme zu spät und sie fragt, warum Preiserhöhungen immer sofort weitergegeben würden, Preissenkungen jedoch nicht.

Abg. Suchan-Mayr verlangt daher, dass die EVN für Private und Betriebe Versorgungssicherheit und Leistbarkeit ermöglichen müsse. Sie geht dann auf TO-Punkt 7 und auf die Gewinne der EVN im ersten Quartal, auf Über- und Zufallsgewinne ein. Dabei weist sie auf die Definition von Übergewinnen durch das **Momentum-Institut** hin (= jene Gewinne, die ÜBER dem jährlichen Durchschnitt der Vorkrisenjahre 2018-2021 liegen). Und diese Übergewinne hätten sich in nur drei Jahren verdreifacht. Zufallsgewinne sollten nicht auf dem Markt belassen, sondern sozial verwendet werden.

Die Abgeordnete geht dann noch auf die erhöhten Ausschüttungen der EVN an die Aktionäre ein und erklärt, die Dividende solle von derzeit 0,90 €/Aktie auf 1,10 € erhöht werden. 2022/23 war die Dividende 0,52 €.

Abg. Suchan-Mayr sieht wettbewerbsrechtlich kein Problem und erinnert die FPÖ, dass sie im Jahr 2022 den Antrag mit folgendem Wortlaut eingebracht habe: „Rückzahlung der EVN-Übergewinne an deren Energiekunden“. Die Abgeordnete stellt fest, die Forderung der FPÖ sei vier Jahre später noch immer nicht umgesetzt worden und dem Vernehmen nach würde die FPÖ den Antrag ihrer Fraktion nicht

positiv erledigen, gegen die Interessen der „Landsleute“.

Zu den Grünen gewandt zitiert die Abgeordnete aus der damaligen Rede von Abg. Ecker/Grüne: „Wie man es auch immer formuliert, auch ich bin der Meinung, und schließe mich dem an, dass die Gewinne der Energieversorger rückverteilt werden sollen“. Drei Jahre später sei das wettbewerbsrechtlich bedenklich.

Einigkeit quer durch die Fraktionen bestehe darin, dass die Kosten zu hoch seien und die Abgeordnete fordert ihre Kolleg*innen auf, endlich auf die Strompreisbremse zu steigen.

Abg. Dieter Dorner/FP erinnert die SPÖ an den Beschluss der EVN-Hauptversammlung 2026 vom Tag vorher (25. 02.2026) betreffend Satzungsänderung und meint, man könne die EVN nicht mit der TIWAG vergleichen, die zu 100 % im Besitz des Landes Tirol sei.

Er reagiert dann auch auf **Abg. Müller/Neos** und seinen Antrag zur Auflösung der direkten und indirekten Kreuzbeteiligungen in der Energiewirtschaft und meint, es gebe heutzutage viele Energieanbieter, die nichts mit den in öffentlicher Hand befindlichen Anbietern zu tun hätten, sodass man am Strommarkt auch günstigeren Arbeitsstrom erwerben könne.

Der Mandatar geht auch auf die behauptete Mehrgeisigkeit im Netzbetrieb ein. In NÖ versorge bis auf den Teil, der von der Wien Energie versorgt werde, den allergrößten Teil die Netze Niederösterreich. Es gebe nur ganz wenige sehr kleine Netzbetreiber im Westen NÖs, die historisch gewachsen seien und deren Netze z.T. in Gemeinde- oder Genossenschaftshand seien. Die eControl überprüfe die Preisgestaltung. **Abg. Dorner** geht dann auch noch auf **Abg. Ecker** ein und kritisiert, dass er gesagt habe, der günstigste Strom werde von Wind und Sonne produziert. Das sei nicht der Fall. Es gäbe in NÖ kein einziges Windrad ohne die entsprechenden Förderungen.

Dann geht der Abgeordnete auf die drei Anträge ein und meint, wer über Strompreise, Leistbarkeit und Energieversorgung spreche, müsse das gesamte System betrachten: Versorgungssicherheit, rechtliche Rahmenbedingungen, Unternehmenssteuerung und v.a. die Netzkosten. Dort liege das Problem. Die EVN sei ein zentraler Energieversorger in NÖ, wichtig für Haushalte, Betriebe, Gemeinden und

für die Stabilität, sowohl der Stromnetze, als auch des nö. Standortes. Man dürfe nicht ein so wichtiges nö. Unternehmen pauschal zum Sündenbock zu machen, wie das die SPÖ in ihren Anträgen insinuiere. Man müsse die EVN, ein über Jahrzehnte gewachsenes System, sachlich kritisieren können. Solche Systeme würden nämlich Routinen, interne Logiken und eine gewisse Systemblindheit entwickeln. Daher müsse die Frage erlaubt sein, ob das System noch dem diene, was Bürger*innen, Betriebe, Gemeinden und der Standort NÖ brauchen.

Und **Abg. Dorner** wirft der SPNÖ Populismus, Showpolitik und politische Inszenierung vor, denn man vermittele den Menschen, es gebe für ein hochkomplexes Energiesystem eine simple, politische Sofortlösung. Das bringe Schlagzeilen, sei aber nicht ehrlich. Die Stromrechnung bestehe nicht nur aus dem Arbeitspreis, sondern auch aus den Energiepreisen, den Netzentgelten, Steuern, Abgaben und regulatorischen Vorgaben. Die Netzkosten würden über 37 % der Gesamtstromkosten ausmachen. Die hohen Netzkosten seien eine Folge des massiven Ausbaus von Windkraftanlagen und Flächen-PV in NÖ. Diesen Punkt hätten viele im Landtag ignoriert. Energie müsse transformiert und transportiert werden. Die Netze müssen entsprechend verstärkt, erweitert und technisch aufgerüstet werden. Das sei neben dem gestiegenen Gaspreis der Hauptgrund, warum der Strom so teuer ist und diese Kosten würden an die Endkunden weitergereicht.

Schließlich kann sich **Abg. Dorner** Polemik nicht verkneifen. Er wettet gegen Flächen-PV-Anlagen in Hohenau, wo gewachsene Kulturlandschaft vernichtet werde, gegen geplante Windräder im Hochleithenwald, zerstörten Naturraum, beschädigten Artenschutz und mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung, weil man sie nicht vorab informiere, sondern drüberfahre. Und er fordert eine verbindliche Volksbefragung für die Errichtung von Windrädern und lehnt Windräder im Wald ab.

NÖ trage beim Erneuerbaren-Ausbau und den Netzfolgekosten eine überproportionale Last. Seine Partei unterstütze daher die Linie einer gerechten Verteilung der Netzkosten. Und der Abgeordnete spricht die in der Bundesregierung vertretenen Parteien an, fordere sie auf, sich im Bund für dieses Anliegen einzusetzen

und fasst nochmals die Positionen seiner Fraktion zusammen.

Abg. Georg Ecker/Grüne meldet sich nochmals zu Wort und kritisiert die Doppelmoral der FPÖ. Und er liest **Abg. Dorner** den [Umlaufbeschluss der Landesregierung vom 27.08.2024](#) (S.6) vor: „*Verordnung über ein sektorales Raumordnungsprogramm über Windkraftnutzung in NÖ*“. In diesem (einstimmigen) Beschluss seien genau diese Waldgebiete drinnen gewesen, die von **Abg. Dorner** angesprochen und kritisiert worden seien. In der Landesregierung seien diese Gebiete in die Zonierung aufgenommen und beschlossen worden. Mit den drei Blauen in der Landesregierung seien die Windräder damals ermöglicht worden, gegen die **Abg. Dorner** jetzt in der Region demonstrieren gehe. Und **Abg. Ecker** wird emotional und wirft seinem FP-Kollegen Doppelzüngigkeit vor, wie sie dies auch beim Gesundheitspakt machten.

In der Landesregierung würden sie den Themen zustimmen, würden dann aber in den Regionen demonstrieren gehen. Dies zeige das wahre Gesicht der Blauen in NÖ. Und der Abgeordnete bekräftigt: je mehr Sonne und Wind, je mehr PV- und Windkraftanlagen am Netz seien, umso günstiger wären die Strompreise. Dies sei nicht so schwer zu verstehen.

Und auch **Abg. Dorner/FPÖ** meldet sich nochmals zu Wort und kontert, das „Sektorale Raumordnungskonzept“ ermögliche, dass Windkraftanlagen gebaut würden. Das heiße nicht, dass sie dort auch gebaut werden müssen. Es habe in den betroffenen Flächen Volksbefragungen stattgefunden, denn die letztendliche Entscheidung habe der Gemeinderat. Es müsste auch die Errichtung dieser Anlagen in die Kosten einbezogen werden. Außerdem scheine nicht immer die Sonne und die Netze müssten auch für diese Zeiten aufrechterhalten werden, in denen auch die PV-Besitzer*innen beliefert werden können, sonst gebe es keine Netzstabilität. Er habe nichts gegen PV auf Dächern, aber es mache keinen Sinn, so wie in Hohenau, hektarweise PV auf bestes Ackerland zu stellen, und das alles hinter dem Rücken der Menschen, die nichts davon wussten.

Abschließend kommt der **ÖVP-Abg. Josef Edlinger** zu Wort. Auch er wundert sich, dass die

EVN-Hauptversammlung mit der Satzungsänderung von der SPNÖ offenbar nicht realisiert worden sei, obwohl die Einladung bereits am 26.01.2026 veröffentlicht wurde. Drei Tage später, am 29.01.2026, habe die SPÖ den Antrag eingebracht, dass die EVN ihre Satzung ändern solle. Der Abgeordnete meint, er wolle das nicht weiter kommentieren.

Er geht dann auf verschiedene Verpflichtungen und Vorgaben ein, die die Energiewirtschaft von der Politik bekommen habe: Erneuerbarkeit - weiterer Ausbau erneuerbarer Energieträger zur Erreichung der EU-Klimaziele; Versorgungssicherheit – bis 2030 müssten weitere 4,5 Mrd. € in die Ertüchtigung den Ausbau von Speichern etc. investiert werden; Leistbarkeit: könne man aber nicht einzeln aus diesem Dreieck herausnehmen, denn dann würden die beiden anderen Komponenten auf der Strecke bleiben. Wie solle das den Menschen nähergebracht werden? Das habe die SPNÖ in ihrem Antrag nicht kundgetan. Sie wollten nicht nur Übergewinne verteilen, sondern auch einen Dividendenverzicht an der Landesbeteiligung. Dann müssten sie auch den Menschen sagen, was im Land NÖ nicht gemacht werden könne, mit den 80 Mio. €, die in den letzten Jahren durch die Ausschüttungen der EVN jährlich dem Landesbudget zugeführt werden konnten.

Die Energie sei in den letzten Jahren wesentlicher Preistreiber am Inflationssektor gewesen seien. Die Inflation sei aber auch der Grund gewesen, dass es in den letzten Jahren Lohn- und Pensionserhöhungen von 25 % gegeben habe. Es habe sich der Anteil der Haushaltseinkommen, die für Energie ausgegeben werden, zwar erhöht, aber nicht in dem Ausmaß, dass man von Energiearmut sprechen könne. Für Menschen, die tatsächlich unter Energiearmut leiden, gebe es die EVN-Energiebeihilfe, die von Diakonie und Caritas verwaltet und abgewickelt würde. Dieser Fonds sei mit 7 Mio. € dotiert und sei in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft worden.

Die EVN sei in 511 der 573 Gemeinden der Netzbetreiber. Es gebe in NÖ 45 Stromanbieter, somit kein Monopol. Und *Abg. Edlinger* erwähnt, dass in einer Aussendung des SPNÖ-Landtagsklubs einerseits die Übergewinne kritisiert würden, andererseits Kritik am meisten Netzwechsel geübt werde. Die SPNÖ kritisiere somit, dass die Menschen durch einen günsti-

gen Anbieter den lokalen Netzbetreiber dazu zwingen, der günstigste zu sein. Und mit dem neuen Tarif ab April werde die EVN auch eine der günstigsten sein. Es wäre schwierig Investitionen ohne Gewinne zu tätigen und diese seien ohnehin oft nur mit Fremdkapital vom Finanzmarkt möglich.

Beim dritten Antrag würde die SPNÖ offene Türen einrennen und es seien bereits zwei Resolutionen zur gerechten Verteilung der Netzkosten verabschiedet worden. Die westlichen Bundesländer würden davon profitieren, dass sie mit dem günstigen Strom aus NÖ ihre Speicherkapazitäten füllen und NÖ tragen die Kosten für den Netzausbau.

#zusammenhaltNÖ hält fest: die Ordentliche Hauptversammlung 2026 der EVN AG fand am 25.02.2026 um 11:30 statt. Dort wurde im Tagesordnungspunkt 9 folgende Satzungsänderung beschlossen: Satzungsänderung in § 2 (5): „Die Gesellschaft hat als Elektrizitäts- und Erdgasunternehmen die gesetzlich festgelegten Grundsätze für den Betrieb und die durch Gesetz im öffentlichen Interesse auferlegten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen als Unternehmensziele zu beachten.“ Hat das die SPNÖ nicht mitbekommen?

Zusatzinformation

[Überblick über aktuelle Strom- und Gaspreise - E-Control](#) (per 03/2026)

[Energiekosten und – preise](#), Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, o.D. [Neuer Tarif Garant Sonne ab 1.4.2026 | EVN](#), o.D.

[Landesenergieversorger-Report 2025](#), Momentum Institut, August 2025

[Strompreis Vergleich Österreich 2026 » Spare bis zu 850€](#)

[Energievergleich Österreich » Jetzt Energieanbieter wechseln](#)

TO-Punkt 9: Antrag betreffend Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+

👉 Link zum [Antrag der Grünen](#)

👉 Link zum [ablehnenden Antrag des Gesundheitsausschusses](#)

Nach der Berichterstattung, in der Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne auf den Antrag der Grünen eingeht, präsentiert er den ablehnenden Antrag des Gesundheitsausschusses.

Als erste Rednerin spricht **Abg. Edith Kollermann/Neos** und wirft den Grünen Antragstellern vor, mit Angst zu operieren. Es sei aber Aufgabe der Politik, diese Angst durch Transparenz, Aufklärung und verantwortungsvolle Reformen zu überwinden. Das nö. Gesundheitssystem sei reformbedürftig. Dies sei eine nüchterne Analyse. Die bestehenden Strukturen seien ineffizient, Ressourcen würden nicht mehr optimal wirken und man stünde vor gewaltigen Herausforderungen: demografischer Wandel, steigende Lebenserwartung, Multimorbidität und Fachkräftemangel. Schon jetzt würde man personell an Grenzen stoßen. Wer meint, man könne alles lassen wie es ist oder hätte noch ausreichend Zeit, verschließe die Augen vor der Realität und mache sich mitschuldig. Und genau das passiere hier. Der nö. Gesundheitsplan 2040+ sei vielleicht nicht perfekt. Aber es sei das Ergebnis intensiver Arbeit vieler Expert*innen aus Medizin, Pflege und Verwaltung. Das Ziel sei ein System mit klarem Fokus auf Prävention, auf starke niedergelassene Versorgung, der funktionierenden Rettungskette und auf eine Konzentration der Spitalsleistungen, wo sie am besten durchgeführt werden – bis hin zur Spitzenmedizin.

Die Abgeordnete bestreitet, dass dies ein Kahlschlag sei. Es sei eine längst überfällige Modernisierung. Ein Konzept, bei dem niemand das Gefühl hat, etwas zu verlieren, werde es nicht geben. Strukturveränderungen seien nie bequem, aber die Politik sei auch kein Wellness-Programm sondern müsse Verantwortung übernehmen, auch dann, wenn es Gegenwind gebe.

Was die Landesregierung noch nicht geschafft habe, sei Transparenz, mehr Kommunikation und konsequentes Projektmonitoring. Reform sei kein Sprint, sondern ein Marathon. Umso wichtiger sei es, die Menschen mitzunehmen, mit einer klaren Beschreibung aller Streckenabschnitte. Man werde diese Langstrecke evaluieren, adaptieren, eventuell auch etwas nachschärfen müssen. Anpassungen seien kein Scheitern, sondern Ausdruck von Lernfähigkeit.

Und *Abg. Kollermann* meint, es könne sie niemand daran hindern, jeden Tag klüger zu werden.

Was nicht gebraucht werde, sei eine Politik, die Emotion über Fakten stelle.

Das Beispiel Gmünd zeige, worum es gehe. Ein Ambulatorium solle das bestehende Spital ablösen, um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen – effizient, modern, interdisziplinär. Es sei mehrfach betont worden, dass das bestehende System nicht abgebaut werde, bevor nicht eine bessere Alternative zur Verfügung stehe.

Gleichzeitig solle dort ein Pilotprojekt entstehen, wie die Finanzierung aus einer Hand funktionieren könne. Das sei mutig und innovativ. Dieses Szenario sei offenbar noch nicht ausreichend kommuniziert worden, wodurch sich Widerstand formierte. Das müsse ernst genommen und angesprochen werden. Und Kommunikation werde laufend erforderlich sein.

Wer jedoch alte Strukturen nur verteidige und suggeriere, es werde nur etwas weggenommen, der betreibe keine konstruktive Opposition, sondern bremse nur, um des Bremsens willen.

Es würde Verzögerung, Stillstand, Planungsunsicherheit und Verunsicherung der Mitarbeiter*innen bedeuten, den gesamten Gesundheitsplan neu zu verhandeln. Und das schaffe kein Vertrauen. Vertrauen entstehe dadurch, dass man erkläre, warum Reformen notwendig seien und wie es zukünftig aussehen solle. Diese werden dann auch umgesetzt.

Dialog bedeute auch nicht Vetorecht für jede Interessensgruppe. Andererseits müssten sich Bürger*innen nicht mit Schlagworten zufriedengeben, sondern hätten das Recht auf ein niederschwellig zugängliches Informationsangebot. Auch die Umsetzungsschritte sollten mit Zeitleisten kommuniziert werden.

Die Neos hätten dem Gesundheitsplan zugestimmt, weil sie ihn für eine gute Sache hielten und ihnen dafür größtmögliche Transparenz zugesagt worden sei. Darauf würden sie auch achten.

Abg. Kollermann hält abschließend fest, sie sehe eine große Verunsicherung in der Bevöl-

kerung, die teilweise auch geschürt werde. Deshalb sei die Frage, ob die Kommunikation des Landes gut gelaufen sei, berechtigt und hier gebe es noch Verbesserungsbedarf. Aber den Gesundheitsplan aus populistischen Motiven grundsätzlich in Frage zu stellen, sei kein Beitrag zur Lösung. Wer das beste Gesundheitssystem 2040 wolle, dürfe Reformen nicht nur fordern, sondern müsse sie auch durchtragen, selbst dann, wenn sie unbequem sind.

Und die Abgeordnete schließt mit den Worten, *„Lassen wir uns nicht von der Lautstärke der Angst leiten, sondern von Fakten, Expertise und Verantwortung für die beste Gesundheitsversorgung in NÖ“*.

Abg. Silvia Moser/Grüne drückt ihr Unverständnis darüber aus, wie auf den Antrag der Grünen reagiert werde. Ihr Antrag bezwecke nichts anderes, als dass die Menschen in ihren Sorgen, Ängsten und ihrer Kritik ernst genommen würden. Das sei kein Populismus, denn ihre Fraktion hätte dem Gesundheitsplan nie zugestimmt. Sie wirft den Neos Unverantwortlichkeit vor, weil sie die Bevölkerung ignorierten. Verhandeln heiße nicht verwerfen. Die Neos hätten dem Gesundheitsplan zugestimmt und würden jetzt nach und nach auf seine Schwachstellen draufkommen. Und sie wundere sich über deren *„wundersamen Kurswechsel“*, der aus den Medien ersichtlich sei und der sich mit dem Antrag der Grünen decke: Monitoring, Zeitleiste und Transparenz. Das sei o.k., man dürfe ja gescheitert werden und die Meinung ändern. Und das sei genau, was ihre Fraktion mit ihrem Antrag beabsichtige. Es könne niemand leugnen, dass es nicht einige gravierende Probleme gebe: Sekundärtransporte, die Ausdünnung von Leistungen in den einzelnen Kliniken wie Gmünd, die Überlastung des Personals in Landeskliniken wie Zwettl, die deshalb viele zusätzliche Patient*innen von Gmünd übernehmen müssten und das ohne zusätzliches Personal, die Angst der Leute in Hinblick auf eine adäquate Notfallversorgung.

Und die Abgeordnete fragt, wo die flächendeckenden „First Responder Systeme“ seien - die „Acute Community Nurses“ und die diplomier-

ten Notfallsanitäter*innen in Retz, Raabs oder Waidhofen/Ybbs, die laut Gesundheitsplan 2040+ die fehlenden Ärzt*innen kompensieren sollten. Niemand könne bestreiten, dass hier ein klarer Zeitplan fehle und was die Grünen von Anfang an kritisiert hätten: reduziert sei schnell, Ersatz brauche Zeit.

Das alles zu negieren und jener Fraktion „Ver-rat“ vorzuwerfen, die diesen Antrag eingebracht hat und ihn im Landtag diskutieren wolle, sei ein starkes Stück.

Die Grünen hätten von Beginn an die fehlende Kommunikation kritisiert und die Abgeordnete sagt, *„Wer nicht erklärt, was er tut, produziert Angst“*. Und als Psychologin fügt sie hinzu, dass das spätere Nachholen einer Kommunikation, die am Beginn eines Prozesses verabsäumt wurde, deutlich aufwendiger sei.

In vielen Regionen würden sich die Menschen wehren, weil sie das Gefühl hätten, es würde ihnen etwas weggenommen. Planungen am Papier seien geduldig. Und die Abgeordnete vergleicht dies mit dem Problem der Kassenstellen, die zwar bestünden, aber nicht besetzt seien.

Bis 2028 solle es in jeder Bezirksstadt ein Primärversorgungszentrum geben, doch gerade in den ländlichen Regionen wie Zwettl sei noch keine Spur davon zu bemerken.

Abg. Moser kritisiert dann noch die Doppelbödigkeit mancher politischer Mitbewerber*innen. Im Landtag hätten alle FP-Abgeordneten dem Gesundheitsplan zugestimmt, in der Landesregierung hätten die drei FP-Landesrät*innen den Gesundheitsplan beschlossen. Im NÖGUS/NÖ Gesundheits- und Sozialfonds unter dem FP-Geschäftsführer Volker Knestel und [FP-Landesrat Antauer als Vorsitzender des „Ständigen Ausschusses“](#) (Anm. #zHNÖ) wurde der regionale Strukturplan Gesundheit 2030 beschlossen und damit z.B. die Auflösung des Landesklinikums Gmünd bis spätestens 2030. Und vor Ort – in den Schaukästen der FPÖ würden Plakate mit dem Wortlaut hängen: [„Unser Krankenhaus muss bleiben“](#).

Das sei keine verantwortungsvolle Politik, das sei Zynismus gegenüber der Bevölkerung, die um ihre Gesundheitsversorgung fürchte.

Moderne Demokratie brauche Dialog, ehrliche Auseinandersetzung mit Sorgen und Widerstand und die Bereitschaft, Entscheidungen zu korrigieren, wenn sie sich als falsch oder unausgereift herausstellen sollten.

Mit dem Antrag der Grünen zum Gesundheitsplan 2040+ würde kein Reformstopp vorgeschlagen, sondern ein Kurswechsel in Richtung Transparenz, Sicherheit und Beteiligung. Gesundheitsversorgung sei eine Frage von Kompetenz, Sicherheit und Vertrauen und dieses müsse wiederhergestellt werden.

Abg. Karin Scheele/SP geht auf einige Herausforderungen für Gemeinden und die Ängste der Menschen in Bezug auf die derzeitige Gesundheitsversorgung in NÖ, aber auch zukünftige Entwicklungen ein. Sie betrachte den Gesundheitspakt 2040+ als eine Chance, auf die unterschiedlichen Ängste und Herausforderungen zu reagieren. Sie sei dafür, dass man die vereinbarte Evaluierung ernst nehme, denn keine Expert*innen könnten Entwicklungen auf Jahre hinaus genau voraussehen. Sie sei auch für stetig verbesserte Kommunikationspolitik. Abschließend stellt die Abgeordnete fest, wenn ein Jahr nach Beschluss des Gesundheitspakts 2040+ mit breiter Mehrheit bereits eine Neuverhandlung des Pakts gefordert werde, sei es notwendig, auf die Evaluierung zu verweisen und sich das gut, offen und kontrovers anzuschauen. Deshalb würde ihre Fraktion dem ablehnenden Ausschussantrag zustimmen.

Abg. Richard Punz/FP weist auf den Grundsatz hin, dass Veränderungen nicht überstürzt erfolgen und bestehende Einrichtungen solange aufrecht erhalten würden, bis neue Versorgungsstrukturen etabliert und eine sichere medizinische Versorgung gewährleistet seien. NÖ spare nicht bei der Gesundheit, sondern es werde in die Gesundheitseinrichtungen massiv investiert. Es würden Arbeitsplätze in den Regionen gesichert und mit Jobgarantien erhalten und er würdigt die Leistungen des Gesundheitspersonals. Es sei klar, dass auch weiterhin Niederösterreicher*innen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort die notwendige medizinische Versorgung erhielten. Dieses Ziel

müsse für alle Regionen – egal ob städtisch oder ländlich geprägt – gelten und auch für den im Antrag erwähnten Bezirk Gmünd. Man könne nicht erwarten, dass alles von Anfang an reibungslos funktioniere. Aber die Frage sei, wie mit Problemen umgegangen werde. Würde der Kopf in den Sand gesteckt oder gehandelt. Und der Abgeordnete zitiert den ehemaligen deutschen Kanzler *Helmut Schmidt*, der sagte, Politik sei nicht nur Denksport, sondern Politik sei auch Handeln und Demokratie sei kein Zustand, Demokratie sei ein Prozess.

Der Abgeordnete geht dann auf Probleme mit Sekundärtransporten ein und nennt positive Veränderungen, die bereits umgesetzt worden seien, z.B. eine Aufstockung der Fahrzeugflotte, Modernisierung der Sekundärtransporte auch durch ein Dashboard um mehr Transparenz zu ermöglichen und die Qualität der Transporte nachvollziehbar zu machen. Weiters werde es einen neuen Standort der Johanniter im Waldviertel geben. Wenn Probleme entstünden, müssten Lösungen angeboten werden.

Abschließend geht **Abg. Punz** noch auf die notärztliche Versorgung ein. Es brauche Ausbildungsmaßnahmen und diese müssten gefordert und gefördert werden. Man müsse sich aber auch Gedanken darüber machen, ob es personell leistbar sei, vielen in Österreich das Studium zu ermöglichen, wenn diese Menschen dann nicht dort eingesetzt werden können, wo sie gebraucht würden, sondern zurück in ihre Heimatländer gehen. Dies seien tw. Probleme, die auf Bundesebene geklärt werden müssten. Und weiters seien Notarztstützpunkte, an denen kein Notarzt verfügbar sei, nicht sinnvoll. Diese Realität sei den Menschen zumutbar.

Bezüglich Dialog meint der Abgeordnete, dass alle, die vor einem Jahr dem Gesundheitsplan zugestimmt hatten, eine besondere Verantwortung tragen. Es würden allerdings schon jetzt auf vielen verschiedenen Ebenen quer über alle Fraktionen Veranstaltungen und Gespräche zum diesem Thema stattfinden, Beweggründe und der gesamte Prozess erklärt würden und er dankt allen, die in dieser Sache

unterwegs sind. Er hält fest, dass die Menschen interessiert seien und sehr wohl die Zusammenhänge verstünden. Die Qualität der Versorgung dürfe nicht davon abhängig sein, wo der Notfall passiere und medizinische Versorgung müsse an jedem Wohnort sichergestellt sein. Den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung müssten sich die Abgeordneten stellen. Man solle sich aber davor hüten, Ängste und Sorgen noch zu schüren. Für die weitere Umsetzung gelte daher: *„Konsequent fortsetzen aber nicht überhastet, Schritt für Schritt und mit Verantwortung für unsere Landsleute“*.

Als vorletzter Redner macht **Abg. Franz Dinthobl/VP** einen Blick zurück in die Entstehungsgeschichte des Gesundheitspakts, der dann schließlich zum Gesundheitsplan 2040+ wurde. Er wurde in der Landesregierung einstimmig, im Landtag mit sehr breiter Mehrheit (VP/FP/SP/Neos - Anm.#zHNÖ) beschlossen. Der Abgeordnete dankt den zuständigen Landesrät*innen, die den Gesundheitsplan in zahlreichen Bürger*innen-Veranstaltungen nach außen vertreten und Rede und Antwort stünden. Er stimme auch mit den Grünen überein, dass der Gesundheitsplan mit den Menschen und den Mitarbeiter*innen der LGA/Landesgesundheitsagentur zu diskutieren sei und glaube, das geschehe auch. Bei diesem Tagesordnungspunkt seien sowohl der notwendige Strukturwandel als auch Mut angesprochen worden, die beide im bestehenden Gesundheitsplan inkludiert seien. Jeder Strukturwandel verunsichere Menschen. Dass der Landtag den notwendigen Mut zu solch einem Strukturwandel aufgebracht habe, sei beeindruckend.

Seit dem vergangenen Jahr seien LGA, das Land NÖ und Verwaltung intensiv damit beschäftigt, diese Strukturen neu aufzusetzen und so zu implementieren, dass die alten Strukturen erst abgelöst würden, wenn die neuen bereits bestünden. Das sei den Menschen auch zugesagt worden und im ersten Jahr sei schon viel an Planungsarbeit umgesetzt worden.

Zu den Krankentransporten sagt **Abg. Dinthobl**, müsse selbstverständlich einiges nachjustiert und verbessert werden, um ein funktionierendes System bereitzustellen. Er verteidigt die Schwerpunktsetzung in bestimmten Krankenhäusern und zitiert eine Umfrage unter Niederösterreicher*innen, die zeige, dass 81 % der Menschen gesagt hätten, sie wollten nicht im nächsten, sondern im für ihre gesundheitlichen Probleme besten Krankenhaus behandelt werden.

Der Abgeordnete geht dann noch auf den Antrag und ihre Forderung nach Neuverhandlung des Gesundheitspakts ein und meint, dann müsste man wieder von Null beginnen. Er ätzt dann auf die drei Gesundheitsminister vergangener Bundesregierungen hin und wirft ihnen vor, sie hätten nicht genug Mut bewiesen, um Strukturreformen anzugehen. Und der Abgeordnete schließt seine Rede mit der Bemerkung ab, es werde im Restrukturierungsprozess noch Gegenwind geben, aber dem müsse zum Wohle des Bundeslandes Niederösterreich standgehalten werden.

Abg. Georg Ecker/Grüne beginnt seine Rede mit dem Hinweis, dass der grüne **Minister Rauch** gegen den Widerstand der Ärztekammer und teilweise auch der Länder einiges durchgesetzt habe und er nennt die Primärversorgungszentren/PVEs und dass die Ärztekammer jetzt nicht mehr ein Veto einlegen könne. Deshalb könnten jetzt PVEs vorangetrieben werden. Und er erwähnt, dass dieser Minister auch gegen die Interessen der Länder durchgesetzt habe, dass verbindliche Bedingungen für die Reformen festgesetzt wurden, damit es im Rahmen des Finanzausgleichssystems Geld gebe.

Weiters kritisiert er, dass **Abg. Dinthobl** offenbar den gesamten Antrag nicht genau gelesen habe, denn sonst wäre ihm aufgefallen, dass neben der Forderung in der Überschrift nach Neuverhandlung des Gesundheitspakts ganz genau zu lesen sei, wie dieser Antrag zu verstehen sei.

Man könne die Augen nicht verschließen, dass es in bestimmten Regionen zu ganz massiven Problemen kommen würde, wenn der Plan so umgesetzt würde.

Er spreche ganz konkret die Notärzte an, die bereits im nächsten Jahr in manchen Regionen nicht mehr tätig sein sollten. Seine Fraktion hörte nicht nur von Patient*innen oder Bürgermeister*innen, dass dies ohne Ersatz nicht funktionieren würde. Rettungsfahrer*innen, die täglich Kranke und Schwerverletzte transportieren, erklären immer wieder, dass der derzeitige Plan der NÖ Landesregierung so nicht funktionieren könne. Und wenn sogar Mitarbeiter*innen von Rettungsorganisationen das sagen, dürfe man sich nicht wundern, wenn auch die Menschen in den Grenzregionen des Wald- und Weinviertels, aber auch im Mostviertel in großer Sorge seien, dass ab nächstem Jahr eine ordentliche Notfallversorgung nicht mehr gegeben sei.

Da könne noch so viel von Evaluierung geredet werden, oder dass Einrichtungen so lange erhalten bleiben würden, bis ein Ersatz da sei. Man könne von Nachjustieren reden, doch im erwähnten Fall sei durch Aussagen der Landesregierung bestätigt, dass dies – wie geplant – im nächsten April umgesetzt werde. Das würde zu massiven Problemen bei der Versorgung in den Regionen führen. Und deshalb würden die Grünen dagegen auftreten und hätten diesen Antrag gestellt.

Zusatzinformation

[Wegen Spital-Schließung in Gmünd: Grüne mit Kritik an blauer „Doppelzüngigkeit“ - Gmünd, Mein Bezirk, 22.12.2025](#)

[Pfister: Spitalsschließungen - Was verschweigt die FPÖ?, Presseaussendung der SPNÖ, 31.10.2024](#)

[SPÖ Niederösterreich kritisiert "Postenscha-cher" in Landesgesellschaften - Niederösterreich - derStandard.at › Inland, 04.03.2024](#)

Völkische Verbindungen – Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich, ÖH Wien, Juni 2009 (Hinweis auf Volker Knestel - Anm. #zHNÖ)

TO-Punkt 10: Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2025 (Reihe Niederösterreich 2026/1)

 [Link zum Bericht des Rechnungshofs Österreich](#)

 [Link zum Nachfrageverfahren des RH Österreich](#)

Aus dem **RH-Prüfbericht**:

✓ NÖ COVID-Hilfsfonds – CORONA-Folgen (12% von 31,5 Mio. ausbezahlt!), S. 43-44

✓ Umsetzungsgrad der Empfehlungen (Gebietskörperschaften) 88,4 %, S. 67

✓ Zentrale Empfehlungen – umgesetzt 87,4%, S. 68

✓ Arbeitsmarkt (Bestandsaufnahme – Fachkräftemangel) 2024/12, S. 69-71

Mit dem Hinweis auf die besonderen Prüfkompetenzen des Bundes im Vergleich zum Landesrechnungshof bedankt sich **Abg. Indra Collini/Neos** ausdrücklich bei *Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker* für die solide Arbeit und den Mut, politisch heikle Materien anzufassen und zugleich Lösungen vorzuschlagen. Eine moderne Demokratie brauche Transparenz, und Macht brauche Kontrolle. Erst dadurch ergeben sich Verbesserungspotenziale, die im Bericht aufgezeigt werden.

Auch die Abgeordneten **René Pfister/SP** und **Helmut Fiedler/FP** äußern sich anerkennend über die Kontrolltätigkeit des Rechnungshofes im Hinblick auf den Umsetzungsgrad von 88,4 % bei den Nachfrageverfahren und 87,4 % bei den zentralen Empfehlungen (Follow-up-Verfahren).

Für **Abg. Franz Linsbauer/VP** sei der Rechnungshof nicht nur ein Kontrollorgan, sondern sei mit seinen Empfehlungen eher ein Modernisierungspartner. Er würdigt den Rechnungshofbericht und betrachtet diese zentrale Institution als Kontrollinstrument im Dienste der Steuerzahler*innen. Auch er dankt für die solide Arbeit im Interesse des Landes und will die Empfehlungen als Chance sehen.

TO-Punkt 11: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landschaftsfonds, Nachkontrolle (Bericht 1/2026)

👉 Link zum [Bericht des Landesrechnungshofes](#)

Aus dem Bericht (auszugsweise): Der Landesrechnungshof überprüfte die Umsetzung der 13 Empfehlungen aus dem Bericht 6/2021 „NÖ Landschaftsfonds. Von den 13 Empfehlungen aus dem Vorbericht wurden zwölf Empfehlungen ganz und eine nicht umgesetzt. Das ergibt insgesamt einen Umsetzungsgrad von 92,3 %.

In seiner Wortmeldung unterstreicht **Abg. René Zonschits/SP** die Bedeutung des Landschaftsfonds für Natur, Landschaft und Klimaschutzmaßnahmen. Er sieht im Bericht die positive Entwicklung, wo von 13 Empfehlun-

gen immerhin zwölf umgesetzt wurden. Da der Fonds Millionenbeträge umsetzt, brauche es seiner Meinung nach eine Förderstrategie.

Eine Signalwirkung auf Politik und Verwaltung durch eine solche Kontrolle will **Abg. Alexander Schnabel/FP** in der Umsetzung des Großteils der Empfehlungen erkennen.

Der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Mitteln und gleichzeitig Naturschutz sind für **Abg. Franz Linsbauer/VP** zentrale Anliegen des Berichts. Für ihn leiste der Landschaftsfonds nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der ökologischen Vielfalt, sondern ermögliche auch Renaturierung als langfristige Strategie zur Sicherung der Lebensgrundlagen.

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:

- Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen
- Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“
- Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[35. Landtagssitzung – 26.02.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen: Niederösterreichische Landeskorespondenz - Landtag aktuell

[NÖ Landeskorespondenz Landtag aktuell](#), 26. Februar 2026

**Nächste Landtagssitzung:
Do 26.03.2026, 13 Uhr,
Leopoldsaal, Haus 1A**

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noel.gv.at/noe/Schlueseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOel_Landtag.html